

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal exkl. Postgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 69, Kottbuserdamm 23 I.

Inserate
pro vierbaltiger Seite 30 Pf.
Stellungsgeb. 20 Pf. für Ver-
bandsmitgl. über 20 Pf. Verant-
wortungsanzeigen 10 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 12.

Berlin, den 21. März 1908.

24. Jahrgang.

Bekanntmachung des Vorstandes.

1. In der Zahlstelle Simbach i. S. wird von jetzt ab Unterstützung ausgezahlt.

2. Der Zahlstelle Sjerlohn ist die Erhebung eines Lokalbeitrages für männliche Mitglieder von 10 Pf. und für weibliche Mitglieder von 5 Pf. pro Woche genehmigt worden. Die Erhebung des Lokalbeitrages erfolgt vom 1. April ab.

3. In der Berechnung der an die Verbandskasse eingesandten Gelder in den jeweiligen Quartalsabrechnungen kommen immer noch sehr viele Irrtümer vor. Ein Teil der Kassierer glaubt, daß alle Geldsendungen an die Verbandskasse bis zur Einbringung der jeweiligen Abrechnung auch in diese als „an die Verbandskasse eingesandt“ aufgenommen werden müssen. Diese Annahme ist irrig. Wir wiederholen daher, was wir schon des öfteren in unseren Bekanntmachungen diesbezüglich gesagt haben, und bitten um genaue Beachtung, da eine jede andere Berechnung eine Abänderung der Abrechnungsbilanz zur Folge hat. Als im 1. Quartal an die Verbandskasse eingesandt dürfen nur die Beträge berechnet werden, die in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März bei derselben eingehen.

Gelder für Inserate, Protokolle, Tarife usw. sind in der Quartalsabrechnung weder in Einnahme noch in Ausgabe als „an die Verbandskasse eingesandt“ einzustellen. Zahlungen dieser Art an die Verbandskasse haben mit der Abrechnung nichts zu tun; sie sind vielmehr direkt zu leisten.

Bei allen Geldsendungen, die an die Verbandskasse abgehen, muß auf dem Abschnitt der Postanweisung bemerkt werden, für welche Zwecke die Gelder vereinnahmt sind. Ein solcher Vermerk soll kurz und bündig sein und kann z. B. lauten: „Anbei 150 Mk. aus Beiträgen und Eintrittsgeldern, 120 Mk. für Protokolle und 3 Mk. für Inserat in Nr. 40 = 154,20 Mk.“

4. Die Adressenverzeichnisse kommen in den ersten Tagen der nächsten Woche zum Versand. Zahlstellen- und Gaubevollmächtigte, welche bis zum 25. März noch nicht in den Besitz der neuen Verzeichnisse gekommen sein sollten, ersuchen wir um entsprechende Mitteilung, damit die Zustellung bewirkt werden kann.

Der Vorstand.

Internationales.

Der Schwedische Buchbinderverband und seine Lohnbewegungen. Der Vorstand des Schwedischen Buchbinderverbandes veröffentlicht in der Februarnummer seinen Jahresbericht von 1907. Der Verband ist in seinem Streben nach allgemeiner Durchführung des Landestarifs, der die Grundlage aller örtlichen Tarifverträge bildet, ein gut Stück vorwärts gekommen.

Von den Lohnbewegungen des vorigen Jahres hatten drei bereits im Jahre 1906 begonnen, und zwar die in Lund, Karlstad und Linköping. In allen drei Städten kam es

zu Tarifverträgen, in Lund allerdings erst nach einem Streik, der jedoch nur kurze Zeit dauerte. Im Laufe des Jahres kam es dann zu Lohnbewegungen in Östascham, Örebro, Upsala, Gelsingborg, Söndköping und Sundsvall, und sie alle endeten mit dem gewünschten Erfolg. In sämtlichen Städten sind die Tarifverträge auf Grundlage des Landestarifs abgeschlossen, womit nun fast überall, wo der Verband Ortsabteilungen hat, neben annehmbaren Tariflöhnen und sonstigen Vorteilen vom 1. Januar 1908 ab die wöchentlich 54stündige Arbeitszeit durchgeführt ist, was um so höher zu schätzen ist, als es sich hier meist um Kleinstädte handelt. Zum Streik kam es noch in Örebro und Kristianstad, jedoch nur bei drei Arbeitgebern, die dann auch bald zu der Einsicht kamen, daß sie gegen die Einmütigkeit unserer Kollegenschaft nichts auszurichten vermöchten.

In Stockholm und Eskilstuna haben unsere Kollegen im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand ihre Tarifverträge gekündigt. Sie befinden sich also in der Lohnbewegung. Ob es zum Streik kommen wird, ist noch nicht vorauszusehen. Lohn erhöhungen sind wegen unerhörter Steigerung der Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten unumgänglich notwendig geworden. Unser schwedisches Bruderorgan bringt eine gewissenhaft aufgestellte Statistik über die Preise der wichtigsten Lebensmittel in Stockholm, aus der hervorgeht, daß sie seit 1903 durchschnittlich um über 30 Proz. gestiegen sind. Die Wohnungen aber sind in der schwedischen Hauptstadt in den Jahren 1900 bis 1906 um 26 bis 52 Prozent teurer geworden.

Die Verbandsabteilung Stockholm zählte am Jahresabschluss 1169 Mitglieder; der ganze Verband 2185, unter ihnen 1155 weibliche, von denen 2 den für Gehülfen festgesetzten Beitrag zahlen, also wohl auch Gehülfenlohn verdienen. Von den 1030 männlichen Mitgliedern sind 283 Lehrlinge. Daß die weiblichen Mitglieder zahlreicher sind als die männlichen, läßt erkennen, daß die Frauenarbeit auch in den schwedischen Buchbindereien und verwandten Betrieben in großem Umfang ausgenutzt wird.

Die Arbeitslosenunterstützung, die der Schwedische Buchbinderverband seit dem 1. Januar 1907 zahlt, hat im verfloffenen Jahr ungefähr 500 Kronen gekostet, eine verhältnismäßig geringe Summe, was darauf zurückzuführen ist, daß der Geschäftsgang im allgemeinen befriedigend war. Die allgemeine Krise, die jetzt auch in Schweden eingetreten ist, dann der Umstand, daß die Arbeitslosenunterstützung vom 1. Januar ab erhöht ist, werden sicherlich für diesen Zweck eine weit größere Ausgabe notwendig machen.

Es ist im verfloffenen Jahre eine sehr eifrige und auch erfolgreiche Agitation entfaltet worden. Neue Ortsabteilungen des Verbandes wurden in Karlskrona, Eskjö, Uddevalla, Skövde und Rövping gegründet.

Ungarn. Der Verband der ungarischen Berufsgenossen umschließt gegenwärtig zirka 90 Proz. der Buchbindereiarbeiter und Arbeiterinnen, hat sich also zu einem überaus wichtigen Gegner des Unternehmertums entwickelt. Von seiner Stärke hat der Verband im Vor-

jahre den richtigen Gebrauch gemacht, was bewiesen wird durch den Abschluß eines neuen Tarifvertrages zum 1. Oktober mit den Budapester Arbeitgebern unseres Berufs. Gegenüber den bisher bestehenden Tarifen wurde eine 10–15prozentige Lohnhöhung durchgeführt, außerdem die Bezahlung der Feiertage, Anerkennung des Vertrauensmännerystems, Anerkennung der Arbeitsvermittlung des Verbandes und noch viele andere Vergünstigungen, und zwar alles auf friedlichem Wege. Diese hervorstechenden Errungenschaften sind nur der starken Organisation zu danken, und bilden sie einen Beweis der Macht einer geschlossenen Arbeitnehmergruppe. Die Zahl der Mitglieder des ungarischen Buchbinderverbandes verteilt sich auf 15 Ortsgruppen, von denen jedoch nur Budapest von nennenswerter Bedeutung für den Beruf ist, indem hier 2327 Personen organisiert sind, während sich der Rest von 263 auf 14 Provinzorte verteilt.

Die Organisation bestand mit Ablauf des verfloffenen Jahres ein Dutzennum. Ueberaus lehrreich ist die Entwicklungsgeschichte des Verbandes an Hand der Dauer der Zugehörigkeit der Mitglieder zum Verband. Sie zeigt, daß die Organisation in den ersten sechs Jahren ihres Bestehens nur überaus mühsam vorwärts kam und eigentlich nur die beiden letzten Jahre, 1906 und 1907, von besonderer Bedeutung für die Entwicklung waren. Die Organisation ist in Branchen eingeteilt und zählt deren fünf: Buchbinderbranche, Kartonnagenbranche, Kupferbranche, Lederkofferbranche und Kaffirbranche (Schnitzerei). Die Arbeitsvermittlung des Verbandes war im Verhältnis zu seiner Größe eine äußerst rege. Arbeitslose waren vorhanden 2532, offene Stellen waren 2251 und vermittelt wurden 1506.

Das Kassenwesen weist einen günstigen Stand auf, indem das Verbandsvermögen infolge einer Mehreinnahme von 8337,54 Kr. auf 23 199,36 Kr. anwuchs. Der Verband wird seine Agitationskraft nunmehr auf die Gewinnung der noch Indifferenteren legen und dabei vor allem die Kartonnagenbranche bearbeiten, von welcher bis jetzt erst zirka 50 Proz. organisiert sind.

Italien. (Genoa.) Der Sekretär des Genueser Arbeitsnachweises des italienischen Bucharbeiterverbandes ersucht uns um eine kurze Warnung vor Zugang nach Genoa. Oft erscheinen in den Fachzeitschriften vielversprechende Stellenangebote aus Genoa, und mancher Kollege, von Sehnsucht nach dem blauen Süden ergriffen, dürfte auf einen Riviera-Aufenthalt reflektieren. Wir raten den stellungsuchenden Kollegen, nur auf Grund ganz bestimmter Abmachungen Stellung nach Genoa (und nicht nur nach dort, sondern bei jedem Engagement nach dem Ausland nur auf Grund zweifelsfreien schriftlichen Uebereinkommens) anzunehmen, um sich vor Enttäuschungen zu schützen.

Dank der letzten Lohnbewegungen sind in Genoa bessere Verhältnisse eingetreten, doch stellt sich das Leben für einen deutschen Kollegen weit teurer als für den einheimischen. Laut Vertrag zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern darf eine freie Stelle nur durch Ver-

mittelung des Arbeitsnachweises besetzt werden und werde, dadurch alle Kollegen dringend ersucht, bei eventuellem Stellenangebot sich vor Annahme bei der Zahlstelle zu informieren. Adresse: Ufficio di Collocamento, Compositori, Camera del Lavoro, Genua.

Graphischer Industrieverband.

Wie gewaltig das Wort klingt „Graphischer Industrieverband“. Wie gewaltig würde die Organisation sein, die diesen Namen trüge: 53 000 Buchdrucker, 22 000 Buchbinder, 15 000 Steinrunder und Lithographen, 14 000 Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -Arbeiterinnen, zusammen 104 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der graphischen Berufe. Wahrscheinlich eine Macht, die fähig wäre, das Unternehmertum zu zwingen, mit der graphischen Arbeiterschaft für dieselbe vorteilhafte, der Zeit und den Verhältnissen entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Und doch ist dieser Gedanke noch eine Utopie, noch ist er nicht einmal ernstlich diskutiert worden. Wohl sieht man hier und da ein Flämmchen aufblitzen, doch bald ist es wieder verlöscht; es will keine feste Gestalt annehmen.

Der deutschen Arbeiterschaft stehen große und gewaltige, noch nie dagewesene Kämpfe bevor. Das übermächtig gewordene Unternehmertum ist sich seiner Macht wohl bewußt und es setzt alles daran, die Macht der Arbeiterorganisationen zu brechen. Die Arbeiterschaft scheint auch zu fühlen, daß sie dieser Macht eine neue noch stärkere entgegenzusetzen muß, denn wir sehen überall das Thema „Industrieverbände“ eifrig diskutieren. So bei den Arbeitern der Transportgewerbe, der Nahrungsmittelindustrie und zuletzt noch bei den Arbeitern der Lederindustrie mit Einschluß der uns abtrünnig gewordenen Portefeuille. Auch im Ausland ist man dieser Frage näher getreten: der in diesem Jahre in Biel tagende Schweizer Gewerkschaftskongreß hat diesen Punkt auf der Tagesordnung stehen.

Schon im Jahre 1892 auf dem ersten deutschen Gewerkschaftskongreß stellten die Metallarbeiter bei Beratung der Organisationsform einen Antrag, Industrieverbände zusammenhängender Berufe zu gründen. Jedoch zogen sie denselben kurz vor der Abstimmung zugunsten eines Antrages der Holzarbeiter zurück. Dieselben beantragten Zentralverbände einzelner Berufe zu bilden, die sich dann selbständig mit an-

deren verbinden könnten, eventuell zu Industrieverbänden. Gleich nach diesem Kongreß sehen wir nicht nur eine Anzahl lokaler Organisationen, sondern auch eine Reihe Zentralverbände sich mit anderen zusammenschließen, so speziell die Holzarbeiter und die Metallarbeiter und wahrlich auch nicht zu ihrem Schaden. Denn gerade diese Organisationen sehen wir große Kämpfe führen, die den Arbeitern nennenswerte Vorteile brachten. Ich erinnere nur an die langwierigen und zähen Kämpfe der Berliner Holzarbeiter, der großen Formerbewegung des Metallarbeiterverbandes. In Branchen getrennt hätten die einzelnen Organisationen wohl nicht mit einem solchen Nachdruck diese Bewegungen durchführen können. Das Unternehmertum hat sich auch wohl gehütet, bei der Formerbewegung seine Drohung wahrzumachen, die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes auszusperrten. Die Organisation war ihnen doch zu groß und zu mächtig und sie hätten sich dabei wohl selbst stark ins eigene Fleisch geschnitten. Wenn nun die letztgenannten Verbände auch noch keine ausgesprochenen Industrieverbände sind, so haben sie doch den größten Teil der Branchen in ihren Verbänden vereinigt und wir sehen, daß dieses für die in Betracht kommende Arbeiterschaft zum Nutzen gereicht.

Doch nun zurück zum graphischen Industrieverband. Ist es hier vielleicht nicht nötig oder nicht angebracht, eine derartige Organisation zu bilden? Sind die einzelnen Berufsverbände mächtig genug, um die Solidarität anderer nicht zu gebrauchen? Oder was ist sonst schuld? Ist es vielleicht der Kaftengeist der Buchdrucker, der manchen abhält, dieser Frage näher zu treten? Letzteres mag wohl einige Berechtigung haben, denn unser Schwager Buchdrucker sitzt auf dem hohen Roß mit getülltem Beutel und mit dem stolzen Bewußtsein, eine Macht zu sein. Er hat ja die anderen nicht nötig, sie höchstens ihn. Darum wird er sich auch wohl reserviert verhalten. Doch will ich hier keineswegs den Stab über ihn brechen, vielleicht besitzt er uns gegenüber doch mehr Solidaritätsgefühl, wie man im allgemeinen von ihm denkt; ein kleines Opfer wird er ja bei einem eventuellen Zusammenschluß bringen müssen. Nun zu der anderen Frage: Ist eine derartige Organisation nicht angebracht oder nicht vorteilhaft? Ich glaube die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses unbedingt bejahen zu müssen. Die großen

Kämpfe der letzten Jahre müßten uns diesem Gedanken schon längst näher gebracht haben. Wären wohl die Ausperrungen der Steinrunder und Lithographen und der Buchbinder zustande gekommen und hätten dieselben sich so lange hingezogen? Hätten sie solche großen Opfer gefordert? Ich glaube nicht, auch hätten die Buchbinder dann nicht nötig gehabt, einen derartigen keineswegs befriedigenden Tarif abzuschließen. Das Unternehmertum hätte einem graphischen Industrieverband nicht so frivol den Kampf aufgedrungen, und es würde uns sicher in Zukunft mehr entgegenkommen, um friedlich-schlichtlich mit uns über den Tarif zu verhandeln. Ebenso könnten auch die anderen Organisationen ihren Forderungen mehr Nachdruck verleihen.

Auch in jeder anderen Hinsicht würde ein Zusammenschluß für die Arbeiter von großem Nutzen sein. Dafür, daß wir an Kämpfen viel Geld sparen würden, könnten wir das Unterstützungswesen in weitestem Maße ausbauen. Auch würde die Fluktuation bedeutend eingeschränkt, vielleicht ganz aus der Welt geschafft werden, denn da hätte ein jeder Interesse daran, nur mit Organisierten zusammenzuarbeiten, was heute leider noch nicht der Fall ist. Heute fällt es den Buchdruckern, Steinrundern und Lithographen zum größten Teil gar nicht ein, die mit ihnen zusammenarbeitenden Buchbinder und Hilfsarbeiter zu organisieren. Anders würde es in einer einheitlichen Organisation sein. Durch den Zusammenschluß wäre es möglich, tausende und aber tausende neue Mitglieder zu gewinnen. Auch wäre es dann möglich, auf tariflichem Wege Arbeitsvermittlung zu regeln, was jedenfalls für die Arbeiterschaft von großer Wichtigkeit ist. Die heute in allen Verbänden existierenden kleinen Zahlstellen, die meistens mit einem Fuße im Grabe stehen, würden gefestigt und fähig werden, auch in den kleinsten Orten für die Arbeiter günstige Verhältnisse zu schaffen, die heute fast nirgends bestehen. Und so wäre es auch möglich, in den dunkelsten Gegenden Deutschlands, wo heute von einer Arbeiterbewegung noch gar keine Rede ist, festen Fuß zu fassen. Somit würde dann auch dem Streikbrechertum die Wurzel abgehackt werden. Die heute zum Zweck der gegenseitigen Unterstützung bestehenden graphischen Kartelle stehen meistens nur auf dem Papier, einen Wert haben sie in den meisten Fällen gar nicht.

Die ungeheure agitatorische Wirkung, die ein solcher Zusammenschluß bringen würde,

1808—1908.

III.

Mit größter Energie hatte sich Stein sofort auch der Aufhebung der Gutsuntertänigkeit zugewandt. Sie war schon während seines ersten Ministeriums vorbereitet, aber von dem hohen Adel auf das energischste bekämpft worden. Neun preussische Großgrundbesitzer hatten eine Eingabe an den König gerichtet, in der sie den Plan zum Falle zu bringen und damit die sogenannte Bauernbefreiung zu hinterreiben versuchten, von der sie den Ruin des Adels zu befürchten vorgaben. Die Namen dieser neuen Maxime, die sich damals der Bauern so gütig annahm, lauten: Korff, Schlieben, Dohna-Schlobitten, Sandelmann, Dombard, Dohna-Land, Finkenstein, Silgenburg, Eulenburg, Widen, Kleinowström. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Höflichkeit nicht nur in den großen Kulturstaaten längst beseitigt, sondern auch schon in einer großen Reihe deutscher Kleinstaaten abgeschafft war, ja, daß man in den meisten viel weitergegangen war, als es jetzt die preussischen Reformer beabsichtigten. Dann kam, daß selbst der staatskonservative König erklärt hatte, ein rascher Schritt auf diesem Gebiete sei durch die unglückliche Lage des Landes gerechtfertigt und abendigt. Das alles vermochte jene königstreuen Männer nicht abzuhalten, auch hier ihr persönliches Interesse im vollsten Gegensatz zu dem Interesse des Vaterlandes in den Vordergrund zu stellen. — Und höchst lehrreich ist es, daß wir die Mehrzahl der neun oben aufgeführten Namen heutigen Tages im Verzeichnis der Mitglieder des preussischen Herrenhauses wiederfinden, wo die Herren geleitet von dem in ihren Geschlechtern durch Jahrhunderte bewährten Egoismus, unbekümmert um die Meinung des Volkes, da sie ja mit erblichem Recht dieses „Parlament“ zieren, ihren eigenen Vorteil

gegenüber den Massen des Volkes wahrnehmen und jeden Fortschritt verhindern können, der diesem Vortheil Abbruch tun könnte!

Trotz aller Gegenströmungen gelang es der Arbeitskraft Steins, die Veröffentlichung des Edikts vom 9. Oktober 1807 durchzusetzen, wonach das bisherige Unterthanigkeitsverhältnis sofort aufhörte, teils binnen drei Jahren beseitigt sein mußte, „Nach dem Martinitage gibt es nur freie Leute.“ Auf die Gedanken des Edikts hier einzugehen, würde zu weit führen. Seine Bedeutung erbellt vielleicht am besten aus einer Bemerkung, die ein eifriger Vertreter der Junker, der Kammerherr v. d. Red, damals im Berliner Kasino gemacht haben soll: „Nieber drei Schlachten von Auerstädt, als ein Oktoberedikt.“

Zu der Ausföhrung der Verheißungen des Oktoberedikts vermochte Stein freilich in der kurzen Zeit seines ohnehin nicht nur mit Reformen, sondern auch durch die ständigen Verhandlungen mit den das Land besetzenden Franzosen und die Befriedigungen ihrer Ansprüche überlasteten Ministeriums nicht zu kommen. Die Art und Weise, wie der Reformgedanke in späteren Erlassen „beklariert“ wurde, wie bei seiner Ausföhrung die Bauern durch den Groß- und Kleinadel in der Zeit nach Steins Ministerium übers Ohr gehauen wurden, verdient eine besondere Besprechung. Mußte doch die Bekanntmachung des vom König unterzeichneten Oktoberedikts der mit den Junkern wie heute noch verkrüppelten Bureaufkrähe geradezu abgerungen werden. Noch im August wurde in Ost- und Westpreußen festgestellt, daß es weder ins Baltische noch ins Polnische übergeht, noch auch von den Kanzeln verkündet worden war — eine der damals üblichen Publikationsformen. In Pommern war es 1807 noch nicht den Gerichtshöfen mitgeteilt. In der Mark fragte der Präsident von Gerlach im No-

vember 1807 an, ob nicht die Bekanntmachung der gänzlischen Aufhebung der Unterthanigkeit unterbleiben könne! Ja, in Schlesien wurde das königliche Edikt von den königlichen Behörden geradezu als staatsgefährlich hingestellt; in zwei Gemeinden hatten die Bauern im November 1807 die Forderung verweigert, da sie von dem Edikt vernommen, obgleich es die Behörden „sekretiert“, d. h. verheimlicht hatten. In ihrem Bericht hierüber an den General-Zivilkommissar von Schlesien empfahl die zuständige Kammer Requisition französischer Militärs, um die Weigerung durch Exekution mürbe zu machen. „Wir würden“, heißt es weiter, „auf die Erlassung eines Zirkulars anfragen, das den gemeinen Mann belehrt, wenn wir nicht besorgen, dadurch die Aufmerksamkeit der Untertanen auf erdachtes Edikt noch mehr zu erregen und so vielleicht mehr Schaden als Nutzen stiften.“ Hatte Stein es hier wenigstens bis zur gesetzlichen Festlegung seiner Ideen bringen können, so kam er auf dem Gebiet der beabsichtigten Justiz- und Verwaltungsreform nicht einmal soweit. Bei dem Versuch, die Patrimonialgerichtsbarkeit zu beseitigen, stieß er auf eine Art von Widerstand, die selbst der ruhige gelehrte Biograph mit Kraftausdrücken zu belegen gegungen ist. Da das Oktoberedikt die Rittergüter vorbehaltlos käuflich machte, lag der Gedanke selbst für die Reaktionen um so näher, dem Gutsbesitzer nicht mehr die Gerichtsbarkeit zu belassen. Aber die abligen Herren dachten anders. In „großter Heuchelei“ (Worte des Prof. Schwamm) erklärten sie: „Die Patrimonialgerichtsbarkeit sei ihnen lästig und kostspielig; denn meistens erließen sie die Sporeltn. Nicht Herrschsucht, nicht Gewinn suchte leitete sie, sondern Fürsorge für das Wohl ihrer Einfassen. In den meisten Fällen schlichtete der Gutsherr selbst die entscheidenden kleinen Gängel zur Zufriedenheit beider Teile, so daß viele, sehr

würde auch die einigermaßen noch denkenden Kollegen der gegnerischen Verbände zu uns herüberziehen und der Bestand dieser Arbeiterorganisationen wäre damit in Frage gestellt. Alles in allem sehen wir also: Die Gründung eines graphischen Industrieverbandes würde vom größten Vorteil für die Arbeiterschaft sein, ja, sie würde dieselbe zu der bestorganisierten der Welt machen. Allein aus diesen Gründen wäre es Pflicht der gesamten graphischen Arbeiterschaft, dieser Frage entschieden näher zu treten, um ein Werk zu vollbringen, daß unserer Zeit würdig wäre.

Mannheim-Ludwigshafen.

Wilh. Schultheis.

Wirtschaftskonjunktur und Teuerung.

I.

Als bereits im Frühjahr des heurigen Jahres die ersten beunruhigenden Nachrichten über das Wirtschaftsleben in den Vereinigten Staaten auftrafen, da sah man es voraus, daß auch auf dem europäischen Festlande sich die aufsteigende Konjunktur über kurz oder lang ihrem Ende nähern werde. Die Stimmen, die zur Ruhe mahnten, und Besorgnisse nicht gelten lassen wollten, konnten keinen ersten Kenner der kapitalistischen Volkswirtschaft darüber hinwegtäuschen. „Warte nur, balde kriselt's auch hier.“

Nun aber unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß die Periode des Aufschwunges, während welcher unsere Industrie fette Profite einheimste, vorüber ist, und daß wir am Beginn einer regelrechten Wirtschaftskrise stehen. Und wie immer, so ging auch diesmal die rückläufige Bewegung von dem Lande der kapitalistischen Riesengebilde, von den Vereinigten Staaten aus, wo zunächst die industrielle Panik eingeleitet hat und zu einer allgemeinen Erschütterung des Vertrauens führte. Sozialpolitische Optimisten sahen im Anfang auch darin keine Gefahr, und erklärten die ganze Kalamität für eine vorübergehende Erscheinung, die lediglich auf einer Ueberspannung des Kredits, auf unsoliden Manipulationen einzelner Gesellschaften beruhe. In der Tat freilich ist das, was die guten Leute als Ursache der zutage getretenen Erscheinung betrachten, lediglich Folgewirkung eines Uebels, das seinen Grund in einer allgemeinen Ueberspannung der industriellen Produktion und einem Ruckschritthalten derselben mit der Konsumtionskraft der Bevölkerung besitzt. Darin liegt

eben das von den bürgerlichen Defonomen noch immer nicht entschleierte Geheimnis, daß die Produktivität weit über den Verbrauch hinauswächst, zu einer chronischen Ueberfüllung der Märkte führt, und so Absatzstörungen erzeugt, die sich in einer allgemeinen Verflaumung als jene Wirtschaftskrisen darstellen, die in einer Art periodischen Zyklus alle paar Jahre wiederkehrend, den Volkswohlstand dezimieren, und ungeheure Schichten der Arbeiterschaft dem Mangel und der Arbeitslosigkeit preisgeben. Auch diesmal sehen wir den typischen Verlauf dieses Wechsels in der Konjunktur. Gerade dort, wo nicht allein der technische Hochstand, sondern der industrielle Zusammenschluß in Trusts und Kartellen die Produktion ins Ungemessene gesteigert hat, hat die Aufnahmefähigkeit der Märkte zunächst nachgelassen, so daß bereits heute ungeheure Schichten von Arbeitern zum Feiern verurteilt sind. Im Umkreise von 50 Meilen von Pittsburg allein, so lauten die Nachrichten, sind die letzten Tage 48 000 Arbeiter entlassen worden, und immer weiter zieht sich der Kreis, der wie eine in Bewegung gesetzte Welle ganze gewaltige industrielle Unternehmungen wegschwemmt, indem die Geldinstitute ihre Kredite einschränken oder den Zinsfuß erhöhen, und so die Voraussetzungen für die industrielle Tätigkeit zerstören.

Kreditmangel, hoher Zinsfuß und Mangel an Geld überhaupt ist also nun die notwendige Folge der auftretenden Wirtschaftskrise, die die Geld- und Bankinstitute zwingt, vorsichtig zu Werke zu gehen. Sind daher die ersten Warnungszeichen einmal da, dann entwickelt sich die Krise ziemlich rasch und greift auf das internationale Wirtschaftsleben über, das eben heute immer mehr ein einheitlicher Körper geworden ist, das keine nationale Abgrenzung verträgt. Gerade die großen Geld- und Bankinstitute sind international so verknüpft miteinander, daß auch diesmal der Krach in Amerika nicht ohne Wirkung auf die deutsche Volkswirtschaft bleiben kann. Und so erklärt sich auch der Zustand, der bereits bei uns eingetreten ist, in der sinnfälligsten Weise. Das Krisenbild ist auch bei uns bereits typisch geworden: Geldknappheit, hoher Zinsfuß, Mangel an Aufträgen für die Industrie und Rückgang der Zahl der Neugründungen, die in argem Mißverhältnis zu jenen der aufsteigenden Wirtschaftsperiode stehen. Die Situation, vor der

wir stehen, ist auch bereits von Sachleuten erkannt, die davor gefeit sind, sich etwa in ihrer nationalökonomischen Auffassung von Marxismus leiten zu lassen. So ist erst kürzlich ein Buch des Regierungsrates Rudolf Martin bei W. Linkhardt in Leipzig unter dem Titel „Die wirtschaftliche Krise der Gegenwart“ erschienen. An einer Stelle weist dort der deutsche Regierungsrat auf die beginnende Krise hin und sagt: „Wem es bisher noch nicht klar war, der ist wohl durch die niedrigen Kurse und die zahlreichen Bankrotte des November zu der Erkenntnis gekommen, daß wir uns in einer wirtschaftlichen Krise befinden. Die Krise von heute ist eine internationale. Es hat wohl niemals eine Krise gegeben, die sich so gleichmäßig um den ganzen Erdball verteilt, wie die Krise, die mit dem November 1907 zur allgemeinen Erscheinung kam. — Trete die Krisis in Amerika noch stärker auf als in Europa, so habe sie doch nach Ursachen wie nach ihrem Verlauf mehr Anspruch auf die Bezeichnung international, als je eine Krisis vor ihr.“ Auch die letzten Handelskammerberichte für das Jahr 1906 geben bereits in vielen Teilen der Ansicht Raum, daß die Periode der Hochkonjunktur überschritten ist und wir uns sonach wieder auf die mageren Jahre gefaßt machen müssen.

Der ganze Druck, der nun durch eine solche rückläufige Bewegung entsteht, lastet naturgemäß auf dem Arbeiter am stärksten. Gehen die Geschäfte schlecht, und wird die Arbeitsgelegenheit geringer, dann kommen nämlich zunächst für die Gewerkschaften, die über die Lebenshaltung zu wachen haben, schwere Zeiten. Nicht bloß, daß die Möglichkeit, Lohnkämpfe in Form von sogenannten Angriffsstreiks führen zu können, beinahe ganz schwindet, kostet es Mühe und Anstrengung, das früher Erreichte zu bewahren und zu verteidigen, da erfahrungsgemäß die Unternehmer in Zeiten einer sinkenden Konjunktur nur zu leicht geneigt werden, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, weil unter dem erhöhten Arbeitsangebot mitunter selbst die Abwehr solcher Angriffschwer wird. Und gerade dieses wachsende Angebot von überzähligen Händen, das die Krisis schafft, wird durch den Umstand noch vermehrt, daß bereits heute nach den Meldungen der Blätter viele Tausende von Auswanderern sich wieder nach Europa einschiffen, weil die Arbeitslosigkeit in Amerika, wo sie eine bessere Heimat erhofften, sie zwingt, ziellos wieder in ihr „Vaterland“

viele Güter im Lande seien, wo Jahre hingehen, ehe ein Gerichtstag gehalten werde. Werde nun jetzt den Gütern die Gerichtsbarkeit genommen, so müsse der Landmann in die Stadt, verliere dort Zeit und Geld, besuche das Wirtshaus, trinke, spiele und tanze, werde für die Agrikultur verdoeben, vernachlässige die eigene und die gutsherrliche Wirtschaft, und schließlich tämen sie alle an den Bettelstab. „Mit höhnischer Ironie wies Stein die Petenten ab. Gerade durch ihre Erklärung hätten die Herren manche Schwierigkeit beseitigt. Ihre Bedenken aber beruhten auf einem Mißverständnis.“ Wenn auch nach Aufhebung der Patrimonial-Jurisdiktion wird es jedem Gutsherr, wie jedem Mann, gegen den das Volk Achtung und zu dem es Vertrauen hat, überlassen bleiben, Streitigkeiten zur Zufriedenheit beider Teile zu schlichten, und auch fernerhin wird es jedem Gutsherr erlaubt sein, die notwendig zu zahlenden Gerichtskosten für die Personen zu entrichten, welche auf seinem Gute wohnen. Ueberhaupt soll und wird dadurch niemand beschränkt werden, denen, die ihm zunächst leben, und überhaupt Gutes tun.“ Auf diese Abfertigung gab es kaum eine Antwort; aber preußische Junker sind nie verlegen, wenn es den Kampf um den eigenen Vorteil gilt; und geradezu verblüffend war hier ihr Vorgehen: hatten sie vorher versichert, von der Patrimonialgerichtsbarkeit nur Kosten gehabt zu haben, so erklärten sie jetzt, mit ihrer Aufhebung eine Einkommenquelle zu verlieren, für die sie entschädigt werden müßten, da ja in einem festen Staate jeder bei dem seinigen erhalten werden müsse! Bekanntlich ist es auch Steins unmittelbaren Nachfolgern nicht gelungen, die Patrimonialgerichtsbarkeit zu beseitigen; sie wurde erst 1848 von der Revolution weggeführt — aber das extreme Vorgehen des damaligen „nivellierenden Radikalismus“ wurde in den folgenden Reaktionsjahren wenigstens zum

Teil wieder rückgängig gemacht; in den östlichen Provinzen stellten die Gesetze von 1856 über die ländlichen Ortsobrigkeiten und betreffend die Landgemeindevorfassungen wenigstens die gutsobrigkeitliche Gewalt wieder her. Und noch heutigen Tages ist es in den Gutsbezirken Ostpreußens der Gutsherr, der geborene Gemeindevorsteher — eine Gemeindevertretung gibt es für die rund zwei Millionen Preußen nicht, die das Glück haben, die östlichen Gutsbezirke zu bevölkern! Daß es Stein an Bemühungen nicht fehlen ließ, die Bureaucratie von der untersten Stufe bis zu den Ministern umzugestalten, beweist sein zum Abschluß gebrachter Organisationsplan, der freilich nicht vollzogen wurde. Aus seinen Kämpfen auf diesem Gebiet sei ein Punkt hervorgehoben, der gerade heutigen Tages wieder im höchsten Grade aktuell ist: Stein verlangte ein selbständiges Unterrichtsministerium, dem das gesamte Bildungs- und Erziehungswesen von den Elementarschulen bis zu den Universitäten und Akademien unterstehen sollte. An dieser Spitze sollte als Minister des öffentlichen Unterrichts ein Mann stehen, „der ausgezeichnete wissenschaftliche Kenntnisse besitzen und mit den Gelehrten seines Vortales bekannt sein sollte.“ Als konsultierendes Kollegium bei Einrichtung und Leitung der oberen Unterrichtsanstalten sowie bei Besetzung der Lehrstellen sollte er die Akademien der Wissenschaften benutzen. Von dem geistlichen Departement, das Stein einem besonderen Kultusminister übertragen wollte, meinte er, es stehe in keiner natürlichen Verbindung mit dem öffentlichen Unterricht der Nation, wobei dem elementaren, noch dem höheren: jeder dieser Geschäftszweige sehr ganz eigentümliche Kenntnisse und Ansichten voraus, also sei eine Trennung notwendig. Leider war Stein in diesem Punkte nicht streng genug, indem er dem Kultusminister einen Anteil an der Leitung der niederen und höheren Schulen

wahren wollte, insofern sie sich mit religiösem Unterricht beschäftigten. Hierbei packte ihn sein alter Gegner Böhme, der erfolgreich für die Vereinigung von öffentlichem und Kultus in einem Ministerium eintrat, indem er, an Stein anknüpfend, bemerkte: „Ihre gemeinschaftliche Konkurrenz in Ansehung des Religionsunterrichts ist und bleibt das wichtigste Stüd des ganzen Unterrichtswezens, das bei einer wesentlichen Trennung beider Departements sehr leiden würde.“ Der König trat Böhme bei und seine Stellungnahme war ihm durch Stein selbst erleichtert — auf diesem Gebiete gibt es eben, und das ist speziell für unsere heutige preußische Politik von größter Bedeutung, nur einen aussichtsreichen Standpunkt — das ist, die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule. Wie das Edikt vom 9. Oktober 1807 am Eingang der zweiten und letzten Ministerschaft Steins steht, so das zweite große Werk, das er bis zu einem bestimmten Abschluß führen konnte, am äußersten Ende — die Städteordnung. Sie näher zu würdigen, wird in diesem Jubiläumsjahr noch häufiger Gelegenheit geboten sein. Hier begnügen wir uns mit den oben gemachten Andeutungen. Ebenso übergeben wir die vielfach höchst wichtigen, wenn auch nur für den Augenblick berechneten Amtshandlungen Steins, wie auch die zahlreichen Pläne und Entwürfe, die seinen Nachfolgern überlassen, vielfach für die Entwicklung des preußischen Staates von größter Bedeutung wurden, so stark die Steinschen Ideen auch von der allzeit mächtigen Reaktion verdrängt wurden. Aber nicht unerwähnt darf bleiben, daß das Treiben von Stein auch unmittelbar an den Vorbereitungen zur Befreiung des Landes von der Franzosenherrschaft mitarbeitete. Von den aufreibenden Verhandlungen mit den Franzosen, von der Tätigkeit und Aufbringung der Kriegskontribution haben wir schon gesprochen.

zurückzuführen. Und so wächst die Zahl der Konkurrenten am Arbeitsmarkt mit der Ausdehnung, die die heranziehende Krise gewinnt.

Berscharft wird bei uns die Lage wohl noch durch zwei wichtige Momente. Durch die Zoll- und Handelspolitik einerseits und durch die Politik der angeblich die Krisenwirkungen abschwächenden Kartelle andererseits wird die Stöckung in unserem Wirtschaftsleben um so empfindlicher fühlbar werden. Seit Jahr und Tag geht bekanntlich die Tendenz der Kartelle dahin, die Preise bei langfristigen Lieferungsverträgen möglichst hoch zu halten, und man erinnert sich noch an die Klagen, die von den Halbzeugverbrauchern bei Beginn der letzten Krise im Jahre 1901 gegen die Kartelle erhoben wurden, die einfach auf Jahre hinaus ihre Abnehmer für die hohen Preise verpflichtet hatten, was dann, wenn der Umschwung in einer Konjunktur eintritt, regelmäßig katastrophal für viele Unternehmer, insbesondere für die kleineren, wirken muß. Mit Recht wies daher auch schon das „Berliner Tageblatt“ in einem Artikel vom 15. November 1907 auf diese Gefahr hin, indem es schrieb:

„Wir sind noch nicht ganz so weit, wie in den Vereinigten Staaten, wo die Trusts allmählich die Bewegungsfreiheit in Handel und Wandel zu erdröseln drohen. Aber wir nähern uns mehr und mehr einer ähnlichen Suprematie der Syndikate und Kartelle. Wie ein Hohn auf die schwierige Lage, in der sich heute bereits die Industrie befindet, nimmt es sich aus, daß das Kohlenyndikat die hohen Kohlenpreise bis zum Jahre 1909 festgelegt hat. In einer Zeit der sinkenden Konjunktur bedeutet dieser Beschluß nichts anderes, als daß man der Industrie wie dem Privatmann, der ja gleichfalls nicht ohne Kohle existieren kann, den Damm auf's Auge drückt. Die Kohlenmagnaten wollen nicht bloß „Herr im Hause“ sein, sie wollen auch die Herren des ganzen Volkes sein.“

So wird also durch die maßlose Begehrlichkeit der Industriemagnaten, die sie so gerne bei den Arbeitern suchen, — der wirtschaftliche Zusammenbruch kündigt sich beschleunigt. Hohe Preise, an die die weiter verarbeitende Industrie gebunden ist, verschärfen die Wucht aller Folgen, die die Krise mit sich führt. Und nun kommt für die Arbeiterschaft, die unter dem Konjunkturmarsch ganz gewaltigen Gefahren ausgefetzt ist, die besonders wichtige Situation in Betracht, die durch die Agrarpolitik des Reiches geschaffen worden ist, und die wir im folgenden Aufsatze beleuchten wollen.

Entwicklung und Stand der Krankenversicherung.

* Von den verschiedenen Zweigen der Arbeiterfürsorge ist die Krankenversicherung wohl derjenige, welchen die Arbeiter das meiste Interesse entgegenbringen. Das hat seine Gründe. Zunächst kommen die Arbeiter wegen der ziemlich großen Häufigkeit vorübergehender Erkrankungen mit der Krankenversicherung viel öfter in Berührung, wie mit den Instituten der Invaliden- und Unfallversicherung. Hierdurch lernen sie die Einrichtungen und Mängel der Krankenversicherung besser kennen. Sodann besitzen die Träger der Krankenversicherung, die Krankenkassen, ein „Selbstverwaltungsrecht“, welches den Arbeitern, wenigstens soweit die Ortskrankenkassen in Frage kommen, den maßgebenden Einfluß auf die Geschäftsführung einräumt. Durch diese Teilnahme an der Verwaltung, wozu auch die Wahlen der notwendigen Organe gehören, sind die Arbeiter angewiesen, sich mit den Versicherungseinrichtungen zu beschäftigen.

Es ist selbstverständlich, daß dieses Interesse der Arbeiter an der Krankenversicherung und ihr Einfluß auf die Verwaltung der Krankenkassen die denkbare günstigste Wirkung auf die Entwicklung der Versicherungseinrichtungen und Leistungen zur Folge hatte. Kein Zweig der Arbeiterversicherung hat seit seiner Begründung eine solche Ausgestaltung und einen solchen Ausbau erfahren, wie die Krankenversicherung.

Davon legt eine neue amtliche Veröffentlichung über den Stand der Krankenversicherung (Statistik des Deutschen Reiches, Band 177, Die Kranken-

versicherung im Jahre 1905) bereits Zeugnis ab. Es ist richtig, daß diese offizielle Statistik eine Reihe schwerer Mängel hat. Ueber die innere Organisation der Krankenkassen ist z. B. in ihr so gut wie gar nichts zu finden. Wir erfahren nicht einmal, wieviel Vorstandsmitglieder und Generalversammlungsvertreter die Krankenkassen insgesamt besitzen, wieviel Versicherte sich an den einschlägigen Wahlen beteiligten usw. Auch in rechnerischer Hinsicht sind noch viele Mängel vorhanden. So ist, um nur eines zu erwähnen, aus den Angaben über die Kosten der ärztlichen Behandlung nicht einmal zu ersehen, welcher Teil auf die Behandlung der Mitglieder selbst und welcher auf diejenige der Familienangehörigen entfällt, ja nicht einmal die Zahl der Kassen mit diesem Unterstützungszeige ist angegeben. Immerhin ist aber aus den dargebotenen Zahlen der rastlose Fleiß der Arbeitervertreter in den Kassenverwaltungen zu erkennen.

Nach der Zahl der Kassen beurteilt, steht die sehr primitive Gemeindekrankenversicherung (die bekanntlich keine Anteilnahme der Versicherten an der Verwaltung kennt), an erster Stelle, während die Ortskrankenkassen erst an dritter Stelle folgen. Zählen wir indes nach Mitgliedern, dann stehen die Ortskrankenkassen mit fast 5 1/2 Millionen Versicherten (47,3 Proz. der Versicherten überhaupt) an erster Stelle. Die Betriebskrankenkassen umfassen 23,8 Proz., die Gemeindekrankenversicherungen 12,8 Proz., und die eingeschriebenen Hilfskassen 7,2 Proz. der gesamten Versicherten. Auf je eine Ortskasse kommen rund 1190, auf die Gemeindekasse nur 184 Versicherte. Im Jahre 1905 hat sich die Zahl der Versicherten um 473 756 vermehrt. Hieran sind die Ortskassen allein mit rund 800 000 beteiligt.

Die Zahl der Krankheitsfälle und damit auch der Krankentage ist wiederum gestiegen. Es betragen sämtliche mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Erkrankungsfälle im Berichtsjahre 4 451 448 mit 88 082 296 Krankheits Tagen.

Die Entwicklung der Unterstützungsleistungen illustrieren folgende Zahlen. Die ordentlichen Einnahmen betragen 266 912 673 Mk. (gegen 246 005 055 Mark im Jahre 1904). Darunter befanden sich an Eintrittsgeldern und Beiträgen 250 351 868 Mk. (gegen 230 685 129 Mk. im Jahre 1904). Die ordentlichen Ausgaben betragen insgesamt 253 835 378 Mk. (gegen 234 084 806 Mk. im Jahre 1904). Darunter für Krankheitskosten 232 243 886 Mk. (gegen 213 931 462 Mk. im Jahre 1904). Der größte Teil der Ausgaben entfiel mit 102 816 975 Mk. auf Krankengeld. Dann folgen 53 113 137 Mk. für ärztliche Behandlung, 34 634 237 Mk. für Arznei und sonstige Heilmittel, 30 585 404 Mk. für Kur- und Verpflegung in Heilanstalten, 4 578 893 Mk. für Schwangeren und Wöchnerinnen, 6 350 839 Mk. für Sterbegelder, 14 167 926 Mk. für die Verwaltung usw.

Auf ein Mitglied entfallen

	1901	1902	1903	1904	1905
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Krankheitskosten überhaupt . . .	16,94	17,02	17,69	19,97	20,76
Durchschnittl. pro Erkrankungsfall	45,93	47,50	48,42	51,07	53,07
pro Krankentage	2,53	2,55	2,61	2,63	2,72
Verwaltungskosten	1,07	1,11	1,16	1,27	1,27

Im Jahre 1885 waren die Ausgaben pro Erkrankungsfall nur 27,67 Mk. und pro Krankentage 1,94 Mk. Welche Wandlungen haben inzwischen besonders die Ortskrankenkassen durchgemacht! Es sei nur an die vielseitige Einführung der Familienunterstützung, der Rekonvaleszentenfürsorge usw. erinnert. Leider aber gibt über solche Dinge die Statistik keinen Aufschluß.

Bemerkenswert ist noch, daß die Krankheitshäufigkeit in den einzelnen Jahren sehr schwankt. Nach der Zahl der Erkrankungsfälle war das günstigste das Jahr 1888 mit 34,17 Erkrankungsfällen auf 100 versicherte Männer und 28,65 Erkrankungsfällen auf 100 Frauen. Nach der Zahl der Erkrankungsfälle ist die Krankheitslast bei den Männern durchweg größer als bei den Frauen. Umgekehrt ist aber das Verhältnis in bezug auf die Dauer der Erkrankung. Ein Erkrankungsfall dauert bei den Frauen stets länger als bei den Männern. Im Jahre 1905 beispielsweise war die durchschnittliche Dauer eines mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfalles bei den Männern 17,1 Tage und bei den Frauen 19,7 Tage. Am längsten war die Unterstützungsdauer bei den Hilfskassen mit 20,7 Tagen pro Krankheitsfall.

Mit Beginn der reichsgesetzlichen Krankenversicherung ist für 1 055 485 104 Krankentage Krankengeld gezahlt oder Vergütung für Behandlung in Anstalten gewährt worden. Davon sind die Ortskrankenkassen mit 47 Proz. beteiligt, die Betriebskrankenkassen mit 28 Proz.

Die Leistungen der Krankenversicherung könnten noch ganz gewaltig gesteigert werden, wenn wir an Stelle der vielen kleinen und kläppchen großen zentralisierten Kassen hätten. Leider aber findet der Ge-

danke der Vereinheitlichung der Krankenversicherung unter Wahrung des Selbstverwaltungsrechts der Kassen und Aufrechterhaltung des maßgebenden Einflusses der Versicherten auf die Geschäftsführung bei den geschickenden Stellen keine Sympathie. Auch nicht bei den Verwaltungsbehörden, die örtlichen Zentralisationen der Krankenkassen oft feindlich gegenüberstehen. Es wird häufig der Zersplitterung der Versicherungskörperchaften geradezu Vorwurf geleistet. Die Gründung von Betriebs- und Innungskrankenkassen greift immer mehr um sich. Die Zahl der letzteren hat sich seit 1885 mehr wie verdreifacht. Dasselbe trifft auch in bezug auf die Umwandlung der Gemeindekrankenversicherungen in Ortskrankenkassen. Daß große, von Arbeitern geleitete Kassen mehr leisten können, dürfte doch wohl außer Zweifel stehen. Am deutlichsten tritt das bei der Rekonvaleszentenfürsorge hervor. Während die Ortskrankenkassen im Jahre 1905 dafür 120 786 Mk. ausgegeben haben, haben die Gemeindekrankenversicherungen ganze 282 Mk. dafür aufgewendet. Da bekanntlich 2/3 der Lasten der Krankenversicherung von den Arbeitern aufgebracht werden, sollte man meinen, daß die Aufsichtsbehörden usw. die Selbstverwaltung der Kassen durch Arbeiter als etwas Selbstverständliches ansehen. In Verbindung damit sollten sie sich auch der Vereinheitlichung der Versicherung nicht hindernd in den Weg stellen. Der Ausbau der sozialen Fürsorge unter Fortfall des Bürokratismus in derselben ist ein dringendes Erfordernis.

Fortbildungsschulen für Arbeiterinnen.

Die Novelle zur Gewerbeordnung, die dem Reichstag kurz vor Weihnachten zugeht, schlägt auch eine Änderung des § 120 vor. Bisher hieß es darin: „In einer Gemeinde oder einem Kommunalverbande können für jugendliche männliche Arbeiter Fortbildungsschulen errichtet werden.“ In Zukunft soll das Wort „männliche“ gestrichen werden. Damit wäre dann auch für die weiblichen Arbeiter der Fortbildungsunterricht freigegeben. Leider aber nur für die gewerblichen Arbeiterinnen, soweit sie der Gewerbeordnung unterstehen. Im Interesse der allgemeinen Menschheitskultur, der Persönlichkeitsentwicklung, sowie mit Rücksicht auf die größtmögliche Nutzbarmachung aller Kräfte für die Gesamtheit, müssen wir dringend verlangen, daß der Fortbildungsunterricht für alle schulenfähigen Knaben und Mädchen eingerichtet wird, sofern sie nicht eine höhere Lehranstalt besuchen.

Es würde die Erfüllung dieser Forderung auch dann dringend notwendig sein, wenn unsere Volksschulen besser wären als wie sie sind; ja selbst dann, wenn unsere Schulen dem sozialistischen Schulideal entsprächen; wenn also unsere Schulen nationale Bildungsanstalten wären, in denen, ausgehend von dem Gedanken, daß die Kinder weiche, bildsame Geschöpfe sind, die höchste harmonische Ausbildung der körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte des Kindes angestrebt würde, um dieses zu einer schönen, freien Persönlichkeit zu erziehen. Wenn ferner, um dieses Ziel zu erreichen, unser gesamtes Bildungswesen ein einheitliches wäre, mit der Volksschule als breiter Grundlage und der Universität als Spitze; zum Besuch der Volksschule jedes Kind verpflichtet, zum Besuch der höheren Bildungsanstalten jedes fähige Kind berechtigt wäre und der ganze Unterricht unentgeltlich. Statt dessen wissen wir leider, daß heute die Volksschule zu einer kirchlichen und patriotischen Drillanstalt gemacht ist, während die höhere Bildung Monopol ist für die Besitzenden.

Um so notwendiger ist deshalb der Fortbildungsunterricht für alle, die nicht in der Lage sind, den höheren Bildungsgang durchzumachen. Und dieser Fortbildungsunterricht müßte Allgemeinwissen und Fachwissen vermitteln. Durch die Vermittlung des Allgemeinwissens soll das in der Schule Gelernte befestigt und erweitert, durch den Fachunterricht dagegen die Tüchtigkeit im Beruf erhöht werden. Damit würde ein Doppelter erreicht: Einmal wird der Lebensinhalt, die Lebensfreude eines Menschen ganz ungemein erhöht, je mehr er weiß. Ein Beispiel mag das illustrieren: Der Besuch eines Ortes mit einer reichen historischen Vergangenheit wird für jemand, der Geschichtskenntnisse besitzt, ein Quell der Freude am Erinnern, eine Stunde lebenserhöfenden Genusses sein, wo er sich im Geiste in jene Zeit der geschichtlichen Geschehnisse versetzt, wo er die bedeutenden Menschen jener Epoche wieder lebendig werden sieht und im Geiste mit ihnen wandelt, kämpft, leidet und mit ihnen siegt und die Freude am Erreichten ihnen nachfüßt.

Ganz anders der Unwissende, der stumpf und gleichgültig vorübergeht, bei dem der Klang bedeutender Namen kein Kämmerchen des Gedächtnisses erschließt, keine Erinnerung ermöglicht. Außerordentlich viel ärmer ist eben unser Leben dadurch,

daß uns die Quellen einer höheren Bildung verstopft sind.

Neben diesem idealen Zweck, unser Leben reicher und vielseitiger zu gestalten durch den Fortbildungsunterricht, hat derselbe aber auch noch einen sehr realen Zweck: die mit möglichst viel Allgemein- und Fachwissen ausgestattete Arbeiterin wird weit leichter ihrer Weg durchs Leben finden, ihr wird ungemein weniger beschwerlich der Kampf ums Dasein werden, denn eine Arbeiterin, der dies Wissen fehlt. Ihr Wissen ermöglicht ihr leichter den Ueberblick über die jeweilige Situation, leichter die Anpassung an veränderte Verhältnisse; sie braucht nicht erst aufs neue das ganze Gebäude der Erfahrungen zu errichten, was mit so vielen Opfern, Annehmlichkeiten und Demütigungen verbunden ist; sie kann sich die Erfahrungen anderer zunutze machen.

Aber nicht nur der Kampf ums Dasein, sondern auch der Kampf um ein kräftiges Empor in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung wird der mit Kenntnissen ausgestatteten Arbeiterin erleichtert. Ja, mehr noch: Ihr Wissen und Können wird ihr Selbst-, ihr Persönlichkeitsbewußtsein wecken und stärken, und so zum Motor, zum vorwärtstreibenden Faktor für die Erringung einer besseren Lebenshaltung und einer Anerkennung in sozialer Beziehung werden. Je mehr wir wissen und können, desto mehr werden wir jede Unterdrückung und Ausbeutung empfinden, je mehr wird unser Persönlichkeitsbewußtsein sich dagegen auflehnen, dagegen rebellieren, und bald werden wir dann auch inne werden, daß bei „dem sich wehren“ gegen diese Ausbeutung die Gesamtheit bei einem gemeinsamen Vorgehen mehr durchzusetzen vermag denn der Einzelne. Ein gemeinsames Vorgehen bei der Gemeinsamkeit der Lebenslage, der Gemeinsamkeit der Interessen erscheint nicht nur möglich und nützlich, sondern erscheint uns als bald notwendig. Aus dem Persönlichkeitsbewußtsein ist das Klassenbewußtsein geboren, welches uns zum gemeinsamen Kampf, zum Klassenkampf treibt.

Wer von uns hätte nicht schon die Erfahrung gemacht, daß eine intelligente Arbeiterin weit leichter für die Organisation zu gewinnen ist, denn eine unwissende, stupide Arbeiterin. Eine intelligente Arbeiterin begreift eben leichter die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Ausbeuteten. Sie wird aber auch treueres Mitglied ihrer Organisation bleiben, denn sie wird alsbald begreifen, daß einmal es gilt, das Erzeugene festzuhalten, und zweitens es gilt, bei günstiger Gelegenheit einen weiteren Vorstoß zu wagen, um neue Erzeugnisse zu machen, und daß es dazu keines gelegentlichen, sondern eines dauernden Zusammenstehens bedarf. Eine intelligente Arbeiterin wird auch bald begreifen, daß die Rücksichtnahme auf die einzelne Arbeiterin seitens des Chefs und seiner Beauftragten eine ganz andere ist, wenn diese Arbeiterin Mitglied einer starken, kraftvollen Organisation ist, als wenn sie als Einzelne ihnen gegenübersteht. Mit anderen Worten: die soziale Bedeutung der Einzelnen wächst durch den Zusammenschluß mit ihren Kollegen und Kolleginnen. Ganz zu schweigen davon, daß die größere Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit infolge eines tüchtigen Allgemein- und Fachwissens ganz selbstverständlich die Position der Arbeiterinnen nach jeder Richtung innerhalb der einzelnen Betriebe verbessert, und sie mit größerem Erfolg sich zu wenden vermag gegen eine niedrigere Bewertung und Bezahlung ihrer Arbeit.

Aus all diesen Gründen ist aus dringendste zu fordern: Ein obligatorischer Fortbildungsunterricht für alle Arbeiter- und Arbeiterinnen bis zum 18. Lebensjahre, zu dessen Besuch die Arbeitgeber die Zeit während der Tagesstunden zu gewähren haben. Die Einbuße an der Quantität der Arbeitsleistung der Fortbildungsschüler, die der Unternehmer dabei eventuell erfährt, wird mehr denn wettgemacht durch die größere und bessere Qualität ihrer Leistungen.

Korrespondenzen.

Gesperrt sind: Gotha.

Schw eiz: Gesperrt sind die Firmen C. Bucher, Buchdruckerei in Luzern, Wuc. Baumers, Geschäftsbücherfabrik in Frauenfeld, und Croffier, Lithographie in Genf (Ganz Bives).

Vor Arbeitsaufnahme in Darmstadt und ist bei den örtlichen Bevollmächtigten Erkundigung nach den Arbeitsbedingungen einzuholen.

Gotha. Der Stand der Bewegung ist noch immer der gleiche. Streikbrecher finden sich keine. Dafür aber wird versucht, seitens der Firma Desterfeld natürlich, den Streikenden ebenfalls jede Möglichkeit zur Erlangung anderweitiger Stellen zu nehmen.

Zu diesem Zwecke hat die Firma Desterfeld die Resolution, welche von den jetzt Streikenden gefaßt und in welcher die Kündigung ausgesprochen wurde und von sämtlichen Zuständigen unterzeichnet worden war, fein säuberlich mit den Unterschriften drucken lassen und diese so zur Kenntnis der Fabrikanten gebracht. — Über noch größere Anstrengungen macht die Firma Desterfeld. Sie setzt sogar — Photographen in Mahrung. Uns wurde nämlich die Mitteilung, daß Herr Desterfeld anlässlich der Zusammenkunft in Leipzig eine Photographie des „Nadelstührers“ verteilte, um den Kartonnagenfabrikanten denjenigen im Wilde zu zeigen, „um deswillen der Zustand inszeniert wurde.“ Das gibt ja wunderbare Perspektiven. Wie wir hören, sollen sämtliche Photographen bereits engagiert sein, um die an der Bauarbeiterbewegung beteiligten Arbeiter — für das gelesenste Blatt Deutschlands auf Kosten der Unternehmer zu „knipsen“, damit diesen nixend anderswo Lohn und Brot wird. — Ueberhaupt Leipzig! Niedliche Geschichtchen kursieren da. Geld — Ihr — Damen — Hotel usw. Ja, ja, wenn unser Pflaster was erzählen könnte!!

Düsseldorf. Was man bei einer Tarifbewegung nicht alles kennen lernen kann! Das haben wir auch hier erfahren und wollen kurz nur einen Fall hervorheben, der uns eine herbe Enttäuschung bereitete. Solidarität ist ein hochbedeutungsvolles Wort in der Arbeiterbewegung. Eine feurige Resolution bringt den größten Teil der Kollegen dazu, als Antwort auf die Verschleppungskatze der Unternehmer die Kündigung einzureichen. Herrliche Solidarität, wenn keiner dabei zurücksteht. Der Effekt ist meist — so auch bei uns — der, daß die Unternehmer, den Ernst der Situation erkennend, zu Verhandlungen bereit sind. Was aber soll man nun sagen, wenn man erfährt — und noch dazu aus Unternehmermunde gleich zu Beginn der Verhandlungen —, daß einige wenige Unrühmliche die Kündigung de- und wehmütig zurückgezogen hätten und daß sich unter diesen — man staune — selbst derjenige befände, welcher die feurige Resolution eingebracht und überaus warme Worte für diese aufgewandt hatte? Doch es war leider so! Daß solche Mannesgeelen die längste Zeit sich zu uns gerechnet haben, ist selbstverständlich. Trotz dieser verwerflichen Handlungsweise fand nachstehende Resolution Annahme:

Die heute zwischen der Lohnkommission der Buchbindergehülfen und einer Kommission des Vereines Düsseldorfer Buchdruckermeister geführten Unterhandlungen ergaben, daß die bestehenden Kündigungen zurückgezogen werden sollen. Die Prinzipale erkennen die Forderung zur Festlegung von Minimallöhnen für Gehülfen in den vorgeschlagenen Grenzen als berechtigt an und erklären sich bereit, zum 1. Januar 1909 einen Tarif gemeinsam mit Köln einzugehen. Sie werden ihren Kollegen empfehlen, ihre Lohnlisten durchzusehen und da, wo solche noch nicht gegeben, die Löhne jetzt schon auf die in Düsseldorf geübte übliche Höhe zu bringen. Ebenso wäre die Arbeitszeit möglichst sofort in gleicher Weise, wie im Buchdrucker tarif vorgeesehen, festzulegen.

Maßregelungen dürfen auf Grund der Kündigung nicht stattfinden.

Köln steht im Zeichen der Tarifbewegung, da der jetzige Tarif mit Schluß des Jahres abläuft. Die Vorbereitungen zu einer umfassenden Agitation sind getroffen. Aber während die Funktionäre mit Arbeit überlastet sind, steht das Gros der Kollegen teilnahmslos zusehend da. Man sollte glauben, die Kollegen ständen in den glänzendsten Verhältnissen. Hier muß unbedingt Remede geschaffen werden. Kollegen, wendet Euch bewußt, was auf dem Spiele steht; es gilt jetzt, tatkräftig zuzugreifen, wenn etwas erreicht werden soll. Nur wenn jeder seine Schuldigkeit tut, kann auf Erfolg gerechnet werden.

Welche Blüten die Schmutzkultur hier treibt, geht daraus hervor, daß eine Arbeit zu 24 Mk. kalkuliert wurde. Ein anderer erbot sich, diese für 16 Mk. zu machen, und schließlich wurde sie für — 8 Mk. hergestellt. In einem andern Falle war das Verhältnis 15 Mk. zu 7,50 Mk. Druckbücher, welche früher in der Besserungsanstalt Drautweiler gemacht wurden, werden jetzt von einem Meister zu demselben Preis geliefert. Die Fälle können noch vermehrt werden. Man sieht hieraus, daß auch die Prinzipale ein Interesse daran haben müssen, daß einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen. Besonders die Arbeitszeit ist ein heißes Thema, gibt es doch Betriebe, wo 10 und gar noch 11 Stunden gearbeitet wird. Kollegen, besucht in Massen die nächsten Versammlungen, es gilt, solchen Zuständen ein für allemal ein Ende zu bereiten.

Frankfurt. Frankfurter Musterbetriebe. Unter dieser Ueberschrift brachte die „Buchbinder-Zeitung“ in Nr. 6 unter anderem eine Kritik über die Verhältnisse bei der Firma Simon

Stiefel, Geschäftsbücherfabrik in Frankfurt am Main.

Die dort gemachten Ausführungen veranlaßten Herrn Stiefel, bei dem Poststellendorstand um eine Unterredung anzusuchen, wozu dieser natürlich gern bereit war. Die Unterredung hat denn auch gezeigt, daß bei einigem guten Willen es möglich ist, eine Verständigung zu finden. Herr Stiefel bedauerte, daß er es allzu häufig mit minderwertigen Arbeitskräften zu tun hatte, allerdings eine Erscheinung, die sich in allen Betrieben mit einem anormalen Wechsel zeigt, da erfreulicherweise tüchtige Arbeitskräfte solche Betriebe meiden oder nach kurzer Beschäftigungsdauer wieder verlassen. Herr Stiefel versprach, in Zukunft einen Lohn von 24 Mk. zahlen zu wollen. Wichtig stellen wollen wir, daß der niedrigste Lohn nicht 15, sondern 17,28 Mk. gleich 32 Pf. pro Stunde ist, den zwei jüngere Arbeiter erhalten, wobei jedoch einer nicht als vollwertige Arbeitskraft zu betrachten ist. Der Durchschnittslohn im Geschäft ist augenblicklich circa 25 Mk. Der in jenem Artikel angeführte ominöse Passus in der Arbeitsordnung soll gestrichen werden.

Zu bereitwilliger Weise zeigte uns Herr Stiefel die Betriebsrichtungen. Was die Reinlichkeit anlangt, müssen wir gestehen, daß dieselbe manchem anderen Betriebe als Vorbild dienen könnte. Dem Wunsche des Herrn Stiefel, daß in Zukunft bei eventuellen Beschwerden der Vorstand sich zunächst an ihn wenden soll, werden wir gern entsprechen, da wir der Ansicht sind, daß bei einigem guten Willen sich immer ein Weg zur Verständigung finden wird. Meinen es beide Teile ehrlieh, dann werden solche Aussprachen den Arbeitern und der Firma zum Vorteil gereichen.

Die Kollegen werden jedoch nach wie vor er sucht, vorher Erkundigung einzuziehen. Zu Betracht kommen nur tüchtige Kontobucharbeiter.

Borsheim. Am Sonntag, den 8. März, hielt unsere Zahlstelle ihre ordentliche Generalversammlung ab. Nach dem Geschäftsbericht des Kollegen Mann fanden im verfloffenen Jahre statt: 1 General-, 21 Mitglieder- sowie 3 öffentliche Versammlungen. Der Ausschuß erledigte seine Geschäfte in 21 Sitzungen. Außerdem wurden in Unterreichenbach 3 öffentliche und 3 Mitgliederversammlungen abgehalten. Vorträge wurden 5 gehalten. Vergütungen wurden veranfaßt: Stiftungsfest, Weihnachtsfeier sowie einige Tanz- und sonstige Ausflüge. Der Mitgliederstand am Schluß des Jahres 1906 war: 293 männliche und 144 weibliche, Summa 437 Mitglieder. Eingerufen im Jahre 1907: männlich 61, weiblich 33, zugereicht 26, abgereicht 36, ausgetreten: männlich 44, weiblich 32, gestorben: männlich 5, weiblich 3, zum Militär eingezückt 6 Kollegen; ausgesprochen nach § 16a: männlich 26, weiblich 29. Bleibt ein Mitgliederbestand am Schluß von 1907: männlich 266, weiblich 113, Summa 379 Mitglieder. Wegen Unterschlagung von Verbandsgebern mußte der Eutsuarbeiter J. Fuß ausgesprochen werden. Die unterschlagene Summe betrug 48,95 Mk. Nach dem Rassenbericht des Kollegen Jgel hatte die Verbandskasse eine Einnahme von 9911,81 Mk., Ausgabe 1632,88 Mk., eingekandt 6527,62 Mk. Lokalfasse: Einnahme 2850,42 Mk., Ausgabe 2036,42 Mk., Bestand 814,40 Mk. Der Vertrauensmann der Eutsuarbeiter, Dietrich, erledigte seine Geschäfte in 16 Versammlungen und 13 Sitzungen. Außerdem hielt derselbe eine Agitationsversammlung ab in Boll bei Goppingen, in welcher 28 neue Mitglieder gewonnen wurden, welche aber infolge Uneinigkeit bald wieder dem Verband verloren gingen. Die Neuwahl ergab folgendes: Mann als 1. Vorsitzender, Reinhold 2. Vorsitzender, Sellrich 1. Kassierer, Dietrich 2. Kassierer, Dengle Schriftführer, Rathfelder und Bender Revisoren, Scheidt und Köhnel Revisor. Zum Vertrauensmann der Eutsuarbeiter wurde Dietrich einstimmig wiedergewählt; zu Hauskassierern Trinks und Haas, letzterer auch als Kollporteur; zum Revisorunterstützungs-Auszahler Neuenroth. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden, welches in ein dreifaches Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband ausklang, wurde die ruhig und sachlich verlaufene Versammlung beendet.

Hannover. „Die Genossenschaftsbewegung und ihre hohe Bedeutung für die arbeitende Klasse.“ So lautete der Titel des Vortrages, den uns der Geschäftsführer des hiesigen Konsumvereins, Herr C. Klotze, in unserer Versammlung vom 14. März hielt. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in fast einfindiger Rede und wies auf die Vorteile des gesamten Genossenschaftswesens für die arbeitende Klasse hin. Eine Art Selbsthilfe, wie sich der Redner ausdrückte, und diese Selbsthilfe ist unter den heutigen Verhältnissen wohl angebracht. Denn wir müssen jeden Tag erleben, wie diejenigen, die uns unsere Lebensmittel verkaufen, wie Krämer und Händler, bei einer Reichstags- und Landtagswahl als unsere Gegner auftreten. Der Redner forderte von uns Unterstützung, indem wir den Konsum-

vereinen beitragen und von dort unsere Lebensmittel beziehen. In der nun folgenden Diskussion bekräftigten und ergänzten verschiedene Kollegen die Ausführungen des Referenten. Nach Schluß des Vortrages beehrte Kollege Jenner den Antrag ein, in Zukunft den verstorbenen Kollegen auch in der „Buchbinder-Zeitung“ einen Nachruf zu widmen. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Weiter wurde den noch ausgesperrten Ammerberger Kollegen eine Unterstützung von 30 Mk. von der Versammlung bewilligt.

Berlin. Die Agitation in der Luxuspapierbranche in Berlin hat unter der Leitung der neu organisierten Agitationskommission bereits kräftig eingeleitet und trotz der schlechten Geschäftslage ganz gute Erfolge erzielt. Um die mündliche Agitation durch Werkstubeversammlungen usw. noch kräftiger zu beleben, hat die Kommission als Neuerung beschlossen, gleich unseren Unternehmern durch Flugblätter, Agitationsbroschüren usw. auch auf schriftlichem Wege sich an die große Masse der Interessierten zu wenden, um ihnen den Ernst der Zeit und das, was ihnen not tut — den Organisationsgedanken —, auf solche Weise zu Gemüte zu führen.

Mit einer der bekanntesten Firma — Albrecht u. Meißner, Uteiling B. — wurde nun neulich der Anfang gemacht, da, wie so häufig schon, in letzter Zeit wiederum sich die Klagen aus diesem Betriebe häuften. Wir wandten uns deshalb mit einem Flugblatt, welches eigens für die bei der Firma Beschäftigten geschrieben wurde, an diese, indem wir ihnen in demselben die Verhältnisse in der Branche im allgemeinen und die bei der Firma im besonderen vorführten und sie an ihre Pflicht erinnerten, sich unserer Organisation in ihrem eigenen Interesse anzuschließen. Der Erfolg war ein sehr guter. In der durch dieses Flugblatt gleichzeitig einberufenen Werkstubeversammlung ließen sich an 50 neue Mitglieder aufnehmen, und es steht zu hoffen, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation von Dauer ist.

Die Firma fühlte sich indessen in einigen Punkten zu Unrecht angegriffen und ersuchte der Meister der Firma, Herr Hammacher, um eine gemeinschaftliche Aussprache mit der Kommission. Es stellte sich bei dieser bald heraus, daß Herr S. mehrere aus die Firma direkt bezogen hatte, was wir nur beispielsweise aus anderen Betrieben unserer Branche mit angeführt hatten, während er in anderen Fällen wohl die Wichtigkeit zugab, jedoch entgegengekehrt unserer Ansicht den Fall beurteilte. In einem anderen Punkte bestritt Herr S. jedoch auf das entschiedenste, daß er, unserer Behauptung gemäß, den Vertrauensmann hauptsächlich deshalb entlassen habe, weil er seinerzeit die „Buchbinder-Ztg.“ an die Spitzherinnen verteilt habe. Er gab, wie wiederholt, uns die bestimmte Erklärung ab, daß bei der Firma niemand Hindernisse wegen Organisationszugehörigkeit zu befürchten habe und er gar nichts dagegen habe, wenn die Beschäftigten im Verbands sind. Es sei deshalb vollständig unwahr, daß der Vertrauensmann wegen der qu. Verbreitung der Zeitung entlassen, ja auch nur verwahrt worden sei, da er erst viel später von der Verbreitung der Zeitung Kenntnis erhielt und bis dato noch nicht einmal den betreffenden Artikel über die Spitzherinnen in der betr. Zeitungsnummer kenne. Der entlassene Vertrauensmann blieb indessen bei der Behauptung. Auch eine nochmalige Verhandlung in dem Betriebe führte zu keinem anderen Ergebnis, da sich Aussagen gegen Aussagen gegenüberstanden. Wir bebauern sehr, daß es zu keiner ordentlichen Klärung des Sachverhalts gekommen ist, erklären jedoch, daß wir gerne davon Abstand nehmen, die Behauptung weiter aufrechtzuerhalten: Herr Hammacher habe den Vertrauensmann wegen Verteilens der Zeitung verwahrt und später indirekt deshalb entlassen. Wir sind trotz der Unklarheit in dieser Angelegenheit um so eher hierzu bereit, da das Verhalten der betreffenden Vertrauenspersonen in diesen Verhandlungen ein sehr tadelnswertes gewesen ist.

Was in der modernen Arbeiterbewegung im allgemeinen Mangel ist, bleibt auch für uns Selbstverständlichkeit: daß wir nur klar nachweisbare Tatsachen verwenden. Wir können uns um so leichter daran halten, da uns ja eine reiche Fülle von Material zur Verfügung steht. Am aber immer auf dem laufenden zu bleiben und den Branchengehörigen stets mit neuem Material dienen zu können, haben wir nachmals — und wir tun es hier mit besonderem Nachdruck an alle Branchengehörigen — unsere Werkstubebeauftragten ersucht, uns von allen Mißständen, Unglücksfällen usw. eines Betriebes sofort unter streng sachlicher Schilderung Mitteilung zu machen. Einen dringenden Wunsch an unsere Werkstubebeauftragten möchten wir aber an dieser Stelle ganz besonders noch hervorheben, das ist, die Agitationskommission mehr als bisher in ihrer Tätigkeit zu unterstützen und zu entlasten. Insbesondere haben wir hierbei im Auge, daß die Vertrauenspersonen, wenn möglich, eine einfache Werkstubeversammlung selbst abhalten. Es muß

dies um so dringender gefordert werden, da die Kommission, trotz ihrer Verstärkung, so mit Arbeiten überlastet ist, daß auf manchen Tag bis fünf Werkstubeversammlungen entfallen, an denen sie teilnehmen muß. Es läßt sich deshalb schon jetzt mit ziemlicher Sicherheit behaupten, daß für die Neugewinnung neuer Firmen, wie wir sie uns in diesem Jahre vorgenommen hatten, nicht in dem Maße gewirkt wird werden können, wenn die Werkstube-Vertrauenspersonen nicht in der vorgenannten Weise die Kommissionsmitglieder entlasten. Selbstverständlich sollen nun in den einzelnen Werkstuben nicht etwa weniger, sondern im Gegenteil viel mehr Werkstubeversammlungen als bisher abgehalten werden.

Auch die letzte Delegiertenversammlung unserer Branche hat dem Wunsche zugestimmt, daß die Delegierten möglichst regelmäßig Werkstubeversammlungen abhalten, in denen sie Berichte über stattgehabte Versammlungen, Beschlüsse usw. zu geben haben und in dieser Weise die Mitglieder systematisch für Verbandsangelegenheiten interessieren. Leider ist es zuweilen umgekehrt der Fall. So wählten die Kollegen und Kolleginnen einer Firma nur unter der ausdrücklichen Bedingung ihren bisherigen Vertrauensmann wieder, daß er die Versammlungen regelmäßig besuche und in den Werkstubeversammlungen regelmäßig Bericht erstatte. Es wäre aber sehr gut, wenn in mancher anderen Werkstube unsere Mitglieder ihren Vertrauensmann ebenso an seine Pflicht erinnern wollten. Not tate es manchmal.

Wir erwähnten bereits, daß wir in diesem Jahre in eine ganz besonders lebhaft Agitation zur Gewinnung neuer Firmen eintreten wollen, und haben bereits die umfangreichen Vorarbeiten soweit erledigt, daß wir uns in aller nächster Zeit mit einem Verzeichnis der Firmen, mit denen wir noch keine Verbindung haben, an alle Werkstubebeauftragten so wohl wie an alle bekannten Kollegen und Kolleginnen wenden werden, um durch ihre Mithilfe mit der einen oder anderen Firma Fühlung zu bekommen. Wir weisen schon an dieser Stelle auf dies Verzeichnis hin, da es dringend not tut, daß nicht bloß die Vertrauenspersonen, sondern jedes Mitglied, welches Interesse an unserem Weiterarbeiten hat, uns bei dieser immensen Arbeit unterstützt.

Da wir ferner bei den Kolonistinnen wie bei den Spitzherinnen in eine lebhaft Agitation eintreten wollen, dies aber noch recht jungfräulicher Boden für unsere Agitation ist, bitten wir auch hierin alle Branchengehörigen um lebhaft Unterstützung und Ueberweisung von zweckdienlichem Material und können alle diesbezüglichen Sendungen direkt an die Kommission oder an das Bureau im Gewerkschaftshaus gesandt werden.

Indem wir noch dem Wunsche Ausdruck geben, daß recht viele Branchengehörige diese Zeilen beherzigen werden und uns in unserer reichen Tätigkeit unterstützen werden, hoffen wir, bald von weiteren Erfolgen berichten zu können.

Rundschau.

Herr Emil Kloth, derzeitiger Prokurist der Firma E. A. Ender & in Leipzig, ist zum Rabi gelaufen, um sich gegen die ihm durch den „Leipziger Brief“ in Nr. 9 der Zeitung angeblich zugefügte Ehrenkränkung zu schützen. Das mag schließlich sein gutes Recht sein, was uns aber frapierete, das ist, daß Herr Emil Kloth, der langjährige Vertrauensmann in der Zahlstelle Leipzig, der ehemalige Streikleiter, das entzogene Verbandsmitglied, das es mit seinen Rechten und Pflichten so genau nahm, daß es bei seinem Austritt aus dem Buchbinderverband — anlässlich seines Avancements zum Geschäftsführer der eingangs erwähnten Firma — alle seine Restbeiträge nachzahlte, nur um nicht als „wegen Reußen gestrichen“ bezeichnet zu werden, in seiner Anklageschrift mit besonderer Betonung den „sozialdemokratischen“ Charakter der „Geschäftsvereinerung“ hervorhob. Wußte Herr Kloth denn tatsächlich nichts Besseres, als durch solche Kleinliche Dinge ein gewisses Vorurteil gegen uns arme Sünder bei unseren Richtern zu erwecken? Er mag sich beruhigen, über solche Nichtigkeiten sind wir erhaben und auch seine vorherige Ankündigung, daß er Strafantrag stellen werde, vermochte uns nicht zu rühren.

Arbeiterinnen sind dem Manne gegenüber eine recht billige und willige Arbeitskraft. Daraus erklärt es sich auch, was uns durch jede Statistik des Arbeitsmarktes usw. nachgewiesen wird, daß die weibliche Arbeitskraft immer gesucht als die männliche ist und Arbeiterinnen in viel geringem Umfange an den Entlohnungen partizipieren, die in der jetzigen Zeit in so hohem Maße in allen Branchen stattfinden. Manche Fabrikanten sind aber selbst unsere erbärmlichen Arbeiterinnenlöhne noch zu hoch. Sie glauben anscheinend ihr Geschäft nur durch Praktiken erhalten zu können, die alles andere, aber nur keine anständigen Löhne der Luxuspapierarbeiterinnen

sind auch in Berlin fast sprichwörtlich bekannt. Trotzdem findet sich ein edler Unternehmer dieser Branche, der nachstehendes Inserat neulich in der hiesigen „Volkzeitung“ brachte:

Junge Mädchen,

die die Luxuspapierbranche erkernen wollen, wollen sich melden. Lehrzeit 6 Monate, Vergütung 15 Mk. pro Monat. Nachher dauernde Beschäftigung.

Karlsruhe, Megandrinenstr. 36.

Einem Kenner der Mädchenarbeiten dieser Branche muß es geradezu unerhört erscheinen, daß Herr Karfunkelstein eine sechsmonatliche Lehrzeit für solche Arbeiten verlangt und einen Betschilling von 3,50 Mk. pro Woche den Mädchen als Entschädigung während der Zeit anbietet.

Wär's nicht besser, solche „Fabrikanten“ machten ihre Bude lieber zu und gingen selbst als Arbeiter? Wer nur durch solche Praktiken glaubt sich über Wasser halten zu können, ist ein Schädling für die Fabrikanten wie für die Arbeiter.

Uebersaus miße ist das ehemalige Mitglied Gustav Dappeler vom Bezirksgericht in Baden (Schweiz) behandelt worden. Dieses Gericht verurteilte D. wegen Unterschlagung von 112 Mk. sowie wegen dreifachen Betruges im Gesamtbetrag von 35 Mk. zu einer Haft von 26 Tagen sowie weiteren 10 Tagen Gefangenschaft. D. hat die durch das Verfahren entstandenen Kosten sowie eine Staatsgebühr von 20 Frank zu bezahlen. Außerdem ist er verurteilt, den durch seine Betrügereien Benachteiligten voll Schadenersatz zu leisten.

Der Kartonnagenfabrikant Dirchland in Mannheim beschäftigt zwei Mädchen unter 14 Jahren mehr als die gesetzlich zulässigen 6 Stunden täglich und eine Anzahl Mädchen zwischen 14 und 16 Jahren mehr als 10 Stunden täglich. Sowohl er als sein Werkmeister wurden für die Uebertretung beamtlich gemacht. Die erstgenannte Uebertretung nahm der Werkmeister auf sein Konto, die Mädchen hätten ihm über ihr Alter unwahre Angaben gemacht, die Uebertretungen ordnete der Arbeitgeber selber an, weil die Arbeit sich durch den vorgenommenen Umzug gehäuft und eilig gewesen sei. Beide wurden zu je 50 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Wie in Pforzheim und anderen deutschen Städten darauf hingewirkt werden kann, daß im — Ausland ein Tarifvertrag mit einem Unternehmer zum Abschluß kommt, daß haben wir in jüngster Zeit gesehen. In Nummer 7 der „Buchbinder-Zeitung“ wurde eine W a r n u n g des Sachvereins der Schmudetuisarbeiter W i e n s veröffentlicht, welche auf die Firma Gohweiler Bezug hatte. Nach den uns nunmehr gewordenen Mitteilungen ist es der genannten Ortsgruppe des österreichischen Holzarbeiterverbandes gelungen, den für Wien allgemein geltenden Tarif auch auf die Firma Gohweiler auszudehnen. Die Firma Gohweiler stand bereits mit verschiedenen Kollegen in Pforzheim und anderen Städten in Verhandlung betr. Engagement. Durch die Veröffentlichung der Warnung wurden diese Kollegen bewogen, die Verhandlungen abubrechen, wodurch der Firma zu Gemüte geführt wurde, daß es auch für sie besser sei, sich den im Gewerbe bestehenden Vereinbarungen anzuschließen. Diese Solidarität unserer deutschen Kollegen wird von den österreichischen Berufsgenossen anerkannt, und es bleibt nur zu wünschen, daß bei den drohenden Differenzen in Pforzheim auch die ausländische Kollegenchaft den Solidaritätsgedanken so zum Ausdruck bringt, wie es sich für organisierte Arbeiter geziemt.

Nur Vereinsblüte? — Ober Fengericht? Unter dieser vielversprechenden Stichmarke bringt die „Monatsschrift für Werkmeister“ ein für den Nachdruck leider verbotenes „Eingefandt“, welches unser lebhaftes Interesse erwecken muß. Der Artikel befaßt sich mit dem W e r e i n B e r l i n e r B u c h b i n d e r e i w e r k m e i s t e r, einer Konkurrenzorganisation des Werkmeisterverbandes für das deutsche Buchbindergewerbe. Dieser Verein Berliner Buchbinderwerkmeister hat es sich zum Prinzip gesetzt, den „gegenseitigen Schutz zu fördern und zu kultivieren“. Dieser „Schutz auf Gegenseitigkeit“ ist eine unabweisbare Notwendigkeit geworden, denn es kommt sehr häufig vor, daß die Werkmeister von den — Geschäften — drangsalariert, gehetzt und verdrängt werden. Der „Verein“ macht sich in seinen Zusammenkünften, welche eigentlich nur zu diesem Zwecke stattfinden, auf die „widerrechtlichen und anfechtenden Elemente“ aufmerksam und vermögen sich seine Mitglieder auf diese Weise zu „schützen“, das heißt nichts anderes, als daß diese „widerrechtlichen Elemente“ von keinem Vereinsmitglied eingestellt werden, um sie durch Gunst zur Maison zu bringen. Allzu ängstlichen Gemütern wollen wir zunächst verraten, daß der Verein eine nur sehr zweifelhafte Existenz führt, aber immerhin muß diese Niederträchtigkeit, mit

welcher dieser Verein, dessen Mitglieder wohl samt und sonders den Arbeiterkreisen entstammen, arbeitet, gebührend gekennzeichnet werden.

Dieser Verein Berliner Buchbindermeister steht auf einer Stufe mit den mehr als anrüchlichen „Gelben“. Denn die „widerrechtlichen Elemente“ dürfen sich in den meisten Fällen wohl aus rüchzastesten Verbandsmitgliedern zusammensetzen, die sich gegen ungerechte und anmaßende Behandlung ihrer „Vorgesetzten“ zur berechtigten Wehr setzen. Und meistens werden sich die Differenzen um Entlohnung nach Tarif und ähnliches handeln, wobei der Herr Werkmeister „im Interesse des Geschäfts“ die tariflichen Bestimmungen nur allzu leicht zu umgehen bereit sein wird. Man kann also ruhig annehmen, daß alle die Werkmeister, welche sich als besonders oppositionslustig gegenüber den Tarifbestimmungen gebärden, auch Mitglieder dieser verworfenen Tafelrunde von Buchbindermeistern sind. Zu bedauern ist nur, daß die im eingangs erwähnten Artikel fundgetane Stellungnahme gegen diese Brutstätte feigester Hinterlist nicht konsequent durchgeführt ist und ihr den Krieg bis aufs Messer erklärt. Denn diese Sippe mißtrikiert das Ansehen der Werkmeister mehr als es irgend etwas anderes vermag, und der Werkmeisterverband für das deutsche Buchbindergewerbe könnte seine schlechteste Tat resp. Handlung nicht darin erbilden, wenn er dieses zweifelhafte Gebilde auszuwachen bestrebt ist. Denn auch der geringste Schaden, welchen dieses ausübt, ist bereits zu viel.

Sonderbare Blüten zeitigt oftmals der Konkurrenzkampf. Von einer Stettiner Lütenfabrik berichtet „Papierverarbeitung, Buchgewerbe“, daß diese den Kundenfang — denn anders kann man das Verfahren nicht nennen — auf nicht gerade einwandfreie Art und Weise betreibt. Genannte Zeitschrift berichtet: Täglich wird darüber geschrieben, daß die Lütenfabrikanten die Preise erhöhen wollen und müssen, und auch die alte Firma S. u. Co. war eine der ersten, welche dafür war und Versammlungen einberief, welche allerdings leider bis jetzt noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Statt nun die Preise zu erhöhen, gibt obige Firma noch — Umsatzprämien (bis zu 4 Proz.), was doch nur dazu führen kann, daß die anderen Papierwarenfabriken am Platze ebenfalls erhöhte Prämien geben. Außerdem liefert dieselbe Firma 1000 Postkarten mit 5-Pf.-Marke für 40 M., so daß sie 10 M. und den Druck zugibt.

Die Maximen dieser Firma könnten uns ja gleichgültig sein, wenn es nicht letzten Endes doch nur wieder die Arbeiter sein würden, welche die Leidtragenden an der ganzen Geschichte sind. Durch das Vorgehen einer Firma werden andere mitgerissen und — um sich schadlos zu halten — brüht man auf die Arbeitsbedingungen, dabei über schlechte Zeiten jammern. Solche Handlungsweisen gehören darum mit Recht an den Pranger gestellt und die organisierte Arbeiterschaft ist die erste, die zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz mit ins Feld zieht.

Ueber den Wert der Tarifverträge herrschen anerkanntermaßen auf der Seite der Unternehmer die denkbar zwiespältigsten Ansichten. Dies kam auch in einer Debatte zum Ausdruck, welche sich an ein Referat über die neuen sozialpolitischen Fragen, gehalten im Industrieverein zu Lübeck, anschloß. Nachdem der Vortragende Tarifverträge für das Handwerk als „unter Umständen angängig“ passieren ließ, kam er zu einer direkten Verneinung jeglichen Tarifabkommens für die Industrie. Im wesentlichen stützte er sich dabei auf die bekannte Resolution des Zentralverbandes deutscher Industrieller vom 5. Mai 1905, welche alle Bestrebungen auf Förderung von Tarifverträgen bekämpft wissen will. Ein Buchdruckereibesitzer wies auf die Vorteile des Buchdruckerarbeitsvertrages hin und bekannte sich offen als Freund der Tarifverträge,

betonend, daß auch bei Vergabung von staatlichen Arbeiten die bestehenden Verträge und Arbeitsbedingungen eingehalten werden müßten. Der Vorsitzende des Vereins dagegen bezeichnete die Annahme, daß die Tarifverträge der Großindustrie Vorteile brächten, als — Utopie. Im freien Wettbewerb seien Tarifverträge hinderlich und das gelte im allgemeinen auch vom Handwerk. Diese Weisheit deutet sich beinahe mit derjenigen, welche jüngst ein bekannter Vertreter der Hamburger Kartonnagefabrikanten zum Ausdruck brachte: daß der Buchbinderverband kein einschreibener Verein sei und darum keine Garantien böte in bezug auf die Einhaltung getroffener Vereinbarungen. Wenn der Mann sich etwas mehr mit den Ursachen von Tarifdifferenzen beschäftigt hätte, dann würde er wissen, daß es immer nur die Unternehmer sind, welche es mit der Einhaltung getroffener Vereinbarungen nicht übermäßig genau nehmen.

Daß die im Ausland lebenden Deutschen auch fern von der „Heimat“ stets ihrer Pflicht bewußt sind und ihre Pflichten nach bestem Können ausfüllen und für deren Besserstellung eintreten, das wird wieder einmal treffend illustriert durch das Vorgehen der in Paris lebenden Arbeiter deutscher Zunge, welche soeben in Frankreichs Hauptstadt ein deutsches Gewerkschaftszentrum gründeten und nun mit aller Macht daran arbeiten, auch ein deutsches Gewerkschaftshaus sicherzustellen. Selbstverständlich ist dieses Vorgehen nicht als Ausfluß übergezogen Nationalitätenstolzes anzusehen, sondern ist diktiert von dem Bestreben, den der Landessprache Unkundigen die Möglichkeit zu geben, auch fern von der Heimat sich politisch und gewerkschaftlich zu betätigen und die Internationalität der Arbeit für die endliche Befreiung des Proletariats zu dokumentieren. Eine ganze Reihe von Berufen besitzt bereits Sektionen, und neben dem Ausbau der Organisation des eigenen Berufs soll die tatkräftigste Förderung der Agitation unter den nichtorganisierten Arbeitern deutscher Herkunft an anderer Verufe so betrieben werden, daß bald kein deutscher Arbeiter unorganisiert in den Mauern von Paris weilt. Naturgemäß wird dies Bestreben begünstigt von der Tatsache, daß der Deutsche im Ausland immer darauf bedacht ist, im Kontakt mit seinen Landsleuten zu bleiben und so den Hinweis auf den notwendigen Zusammenschluß viel leichter zugänglich ist als in der Heimat.

Arbeitslosenversicherung. Die Stadt Straßburg bewilligt am Schlusse des Jahres 1906 5000 Mark zwecks Unterstützung arbeitsloser Arbeiter, mit der Bestimmung, daß zunächst ein Versuch gemacht werden solle, nach Art des „Genter Systems“ der Not, hervorgerufen durch Arbeitslosigkeit, zu steuern. Der nunmehr für das Probejahr erstattete Bericht besagt, daß der Versuch zufriedenstellend ausgefallen ist und wurden darum für das Jahr 1908 abermals 5000 M. für diesen edlen Zweck zur Verfügung gestellt. An dieser Arbeitslosenversicherung nahmen 16 Ortsgruppen freier Gewerkschaften, 3 der christlichen und der deutschen nationalen Handlungsgehülfenverband teil. Unterstützung erhielten jedoch nur Mitglieder von 12 Ortsgruppen, da die übrigen die vorgeschriebenen Bedingungen nicht erfüllten. Zur Auszahlung gelangten an 153 Arbeitslose in 264 Fällen von Arbeitslosigkeit für 2618 Tage 1889 M. Die 12 Gewerkschaften zahlten aus eigenen Mitteln 7658 M. Die Unterstützung wird nur gezahlt für unfreiwillige Arbeitslosigkeit und nur an organisierte Arbeiter. Bedingung ist, daß der Unterstützung beziehende Arbeiter ein Jahr ununterbrochen in Straßburg wohnhaft ist. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach der Höhe des von der Gewerkschaft gezahlten Gehalts und beträgt 50 Prozent dieses, jedoch nicht mehr als eine Mark pro Tag. Der Be-

richt über das Probejahr besagt, daß gegen die öffentliche Arbeitslosenversicherung drei Bedenken geltend gemacht werden können, und zwar die Schwierigkeit der Kontrolle der Ursachen der Arbeitslosigkeit, die Schwierigkeit der Kontrolle der bestehenden Arbeitslosigkeit und die der Beendigung dieser durch Zuweisung passender Arbeit. Besonderen Wert legt nach der „Soz. Praxis“ der Bericht auf das Zusammenarbeiten von Gewerkschaft und städtischer Verwaltung und das daraus hervorgehende Verstehenlernen. Nach dem Berichterstatter (Beigeordneter Dominicus) hat der Versuch der Arbeitslosenversicherung ergeben, daß die Gewerkschaft die natürliche und praktische Grundlage für die Arbeitslosenunterstützung ist und daß sich wesentliche Schwierigkeiten nicht ergeben haben.

Ueber die Arbeitslosenfürsorge in Belgien im Jahre 1906 berichtet die „Soz. Praxis“, daß in diesem Lande in genanntem Jahre in 25 Gemeinden 14 Klassen bestanden, welche an 229 Gewerkschaften 46 700 Franc Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung zahlten. Die angeschlossenen Arbeiterorganisationen zahlten den doppelten Betrag, zirka 92 000 Franc. Unterstützt wurden 5019 Arbeitslose für rund 72 000 Tage. Der durchschnittliche Zuschuß betrug pro Kopf 9,28 Franc. Im Jahre 1907 kamen nach vorläufiger Schätzung 35 000 Franc zur Auszahlung.

Und Preußen-Deutschland? Es hat für solche sozialen Wohltaten weder Verständnis noch Mittel übrig. Ersteres kann von einem Massenstaat schwer verlangt werden, letztere werden vergebend zur Erzeugung und Vermehrung teuflischer Vorwandschindin. Kleine Staaten wie Belgien, Dänemark usw. beschämen in bezug auf Sozialpolitik das großmächtige Deutschland!

Erklärung.

Ich erkläre hiermit, daß ich mit dem Herrn Emil Kloth, Prokurist im Hause E. A. Enders in Leipzig, weder verwandt noch befreundet bin. Berlin, den 17. März 1908. Emil Kloth, Verbandsvorsitzender.

Briefkasten.

S. M. in Fr. Nehmen Sie bitte Kleineres Format für Ihre Manuskripte. — G. St. Ihnen wird briefliche Antwort. — W. S. in L. Ihren Wünschen will ich nachkommen, — wenn es geht. — W. W. in W. Diese Bestellungen müssen durch den dortigen Bevollmächtigten erfolgen.

Literarisches.

In zweiter, neu durchgesehener Auflage ist erschienen: Referenten-Führer. Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokratische Agitations-tätigkeit nötigen Wissens und Könnens. Von Eduard David. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 1,50 M.

Was er mit seinem Buch bezweckt, sagt der Verfasser im Vorwort:

„Das Wüchlein will dem jungen Arbeiter, der sich in den Dienst der sozialdemokratischen Sache stellen will, den Weg der Selbstausbildung erleichtern.“ Es soll eine Anleitung sein, die „allen begabten und strebsamen heranwachsenden Mitstreitern in Stadt und Land die Bahn öffnen soll.“ „Es kann nicht genug auf dem Gebiet einer Volksbildung in unserm Sinne geschehen, und alle Einrichtungen (Ausbildungsturse von Partei und Gewerkschaften) dienen, einander ergänzend, der einen großen Aufgabe, die freieste Entfaltung aller in der heutigen Gesellschaft niedergehaltenen Intelligenzen zu ermöglichen.“

ANZEIGEN

Erster Buchbinder gesucht!

Zum baldigen Eintritt suchen wir einen tüchtigen, erfahrenen Buchbinder, der mit modernen Falz- (Gutberlet) und Gestmachinen genau Verscheid weiß und an rationelles, sauberes Arbeiten gewöhnt ist. Die Leitung unserer neuingerichteten Buchbinderei ist mit dem Posten verbunden. Wir bieten bei guten Leistungen eine angenehme, dauernde Stellung, Ferien und ein angemessenes Gehalt. Ausföhrliche Offerten erbittet die [163] Hanscarische Druck- und Verlags-Anstalt, Hamburg, Holstenwall 8/5.

Der neue Lohntarif für Buchbinderarbeiten
Preis für Mitglieder 0,85 M. inkl. Porto, für Nichtmitglieder 3,— M.
Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten
Preis für Mitglieder 0,25 M., für Nichtmitglieder 0,50 M.
Der Berliner Sondertarif
Preis für Mitglieder 0,30 M., für Nichtmitglieder 1,— M.
Zubeziehen v. Bureau d. Zahlstelle Berlin, SO.16, Engel-Ufer 15, Zimmer 21
Sämtliche Tarife sind zu beziehen durch die Expedition der Buchbinder-Zeitung gegen Voreinsendung des Betrages oder Nachnahme.

Grosses Geschäftslokal in Beckum.
Anderer Unternehmungen halber vermiete billig mehr, in besser Lage an Markt, in der Nähe von Kirche u. Schulen sehr günstig gelegenes Ca. Geschäftslokal. Wegen der günstigen Lage eignet sich das Lokal ganz besonders für größeres Buchbinder- und Buchdruckerei-Geschäft, da diese Branchen am Platze noch wenig vorhanden sind.
Philipp Stein, Beckum. [164]

Zahlstelle Pforzheim.

Wir setzen die Mitglieder in Kenntnis von dem Ableben unserer Stollgenin 165] [2,10

Luise Talmongross,

Stenographin aus Wiefelsberg, 27 Jahre alt, sowie des Kollegen

Emil Rob. Faas,

Stenograph aus Pforzheim, 43 Jahre alt.

Wir werden denselben ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Verwaltung.

Zahlstelle Frankfurt a. M.

Am 5. März 1908 verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege 166] 1,50

Willy Biene

aus Frankfurt a. M. im Alter von 23 Jahren.

Ehre seinem Andenken.

Der Vorstand.

Inserm lieben Freunde und Kollegen **Heinrich Meyer** zur Vermählung mit **Frl. Margaretha Daniel** die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Düsseldorf.

Inserm langjährigen Freunde, Kollegen und Sangesbrüder

Anton Zupancic

wünschen wir anlässlich seiner Abreise mit Familie von Hamburg nach seiner alten Heimat viel Glück und ferneres Wohlergehen. 168] [2,80

Toni, in memoriam semper idem manes!

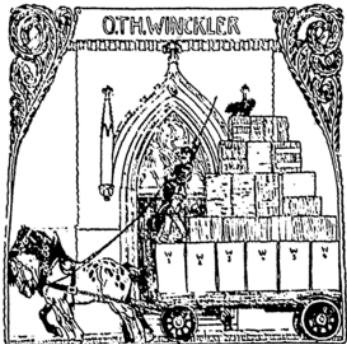
Anderien. Ahlefeldt. Berndt. Borit. Engel. Franke. Grimm. Jakobs. Kammann. R. Meyer. Pinnar. Reinke. Rufferdt. Schiefer. Schlegel.

Stenographen

für Stellagen gesucht.

Dauernde Stellung. Gesl. Offerten an die Exped. der „Buchbinder-Zeitung“ unter Z. 50. 169] [1,40

F. A. Werner, geboren Leipzig, Zellerhausen, soll seine Adresse an seine Mutter schicken.



O. Th. Winckler, Leipzig

Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 25. März, abends 1/9 Uhr, im oberen Saal des „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c

Öffentliche Versammlung

aller in der Kartonbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Tages-Ordnung:

1. Die Entwicklung der Kartonagenbranche von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Referent: Gauleiter Kollege **Emil Pfühe**, Dresden. 172] 4,20
2. Diskussion. Kollegen und Kolleginnen! Angesichts der überaus wichtigen Tagesordnung sowie der Organisationsbestrebungen der Prinzipale erwarten wir, daß in dieser Versammlung keiner fehlt. Mit kollegialem Gruß Die Agitationskommission. Die Tariffkommission.

Achtung!

Berlin.

Achtung!

(Großer Saal) „Neue Welt“ (Großer Saal)

Sonnabend, den 28. März 1908

Gemeinsames Stiftungs-Fest

der Zahlstelle Berlin des Deutschen Buchbinder-Verbandes und des Buchbinder-Männerchors, Berlin (M. d. R. - S. - B.)

Künstler-Konzert.

Männerchöre.

Programm.

I. Teil.

1. a) Sternennacht. b) Nicht vergaß. Männerchöre.
2. a) Ich liebe Dich. b) Im Winterfall. Margarete Krieger-Palm.
3. a) Der Wanderer. b) Ständchen. Eugen Krieger.
4. Romange aus dem Storzert d-moll. Violine: Frl. **Annli Luxenburg.**
5. a) Des Nachts wir uns lächeln. b) Tragedie. Duette: Margarete Krieger-Palm, Eugen Krieger.

173] 20 Minuten Pause.

II. Teil.

1. a) Heimat. b) Frühling im Herbst. Männerchöre.
2. a) Der Tambour. b) Meiner Haushalt. Eugen Krieger.
3. a) Wiegenlied. b) Er ist's. c) Niemand hat's gesehn. Margarete Krieger-Palm.
4. a) Der Schwan. b) Gondoliera. Violine: Frl. **Annli Luxenburg.**
5. a) Sandmännchen. b) Der Jäger. Duette: Margarete Krieger-Palm, Eugen Krieger.
6. a) Abendfeier. [nicht] b) So, schön ist mein Schatz. Männerchöre. [10,20

Nach dem Konzert: **Grosser Ball.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach. Anfang des Konzerts 8 1/2 Uhr. Eintrittskarten: 40 Pfg. Die Saalüren bleiben während der Vorträge geschlossen! — Rauchen erst nach dem Konzert gestattet! — Kinder unter sechs Jahren haben keinen Zutritt! Programm mit Liedertexten am Saaleingang gratis. Eintrittskarten sind zu haben: Bureau, Engel-Allee 15 II, Zimmer 21, in allen Zahlstellen, bei den Vertrauensleuten und Mitgliedern des Buchbinder-Männerchors.

Stuttgart!

Der neue Lohnstarif für Kontobucharbeiten

ist im Druck erschienen und kann vom Interzeichner zu nachfolgenden Preisen bezogen werden:

Für Mitglieder komplett 80 Pfg., Porto 20 Pfg. extra. Einzeltarife für Falzen, Einrichten, Gesten, Vorsatz laschieren, Leimen, Kopierbüchchenarbeiten mit Fertigmachen, Numerationen, Perforieren 10 Pfg.; für Einricen, Beschneiden, Fertigmachen Detail, Fertigmachen Engros 20 Pfg. Für Nichtmitglieder komplett 2 Mk., Porto 20 Pfg. extra. Oben aufgeführte Einzeltarife 20 Pfg. bzw. 40 Pfg. Porto für Zusendung von Einzeltarife 10 Pfg. extra. Interessenten ersuchen wir gefällige Bestellungen baldigt machen zu wollen unter Beifügung des Betrags in Briefmarken oder Einsendung desselben mittelst Postanweisung.

Deutscher Buchbinder-Verband :: Zahlstelle Stuttgart 174] Joh. Frey, Eßlingerstr. 19. [4,20

Unlieb verspätet.

Inserm lieben Kolleginnen 175]

Betty und Marie Rosentritt

zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Offenbach a. M.



Weltbekannte

beste und billigste Marmorierfarben u. Utensilien liefert nach allen Ländern m. Prima Referenz Paul Szizgrist, Marm.-Lehrer Größtes Spezialgeschäft en gros und deta l

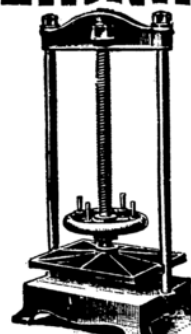
Inserm lieben Kollegen **Pani Decker** und seiner lieben Braut **Frl. Lieschen Gille** die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die organisierten Kollegen **Duchbinburgs. Schnake, Bruff, Strauß, Schütz, Bruchmüller, Käfer.**

Großes Ladenlokal

in Neubekum. [178

In meinem neuerbauten Hause vermiete billig ein der Neuzeit entsprechend eingerichtetes Lokal mit 2 großen Schaufenstern, i. d. Nähe von Kirche u. Schulen; besonders passend für Buchbinderei u. Buchdruckerei-Geschäft, da dies am Plage fehlen.

Philipp Stein, Beckum.



Schlagrad- und Stockpressen

in 6 verschiedenen Größen zu billigsten Preisen sofort lieferbar. Prospekte gerne zu Diensten.

Karl Bidlingmeyer, G. m. b. H. Maschinenfabrik Altbach a. Neckar (Württhg.)



Suchen Sie Stellung?

Dann wenden Sie sich an den

Kostenfreien

Arbeitsnachweis für Buchbinder **O. Th. Winckler, Leipzig** Seeburgstraße 47



Lyra-Fahrräder

Anerkannt bestes Rad. Unerreicht in Qualität und Ausstattung. Komplet mit Gummil von bis zu den feinsten 53.00 Mk. — Luxus-Modellen. — Garantie 5 Jahre laut Katalog. Verlangen Sie kostenlos Zusendung meines neuesten reichillustrierten

Pracht-Kataloges

mit Vorzugs-Preis. für Leser dies. Zeitung üb. Lyra-Fahrräder, Radfahrer-Bedarfsart. Nähmaschinen. Wasch- und Wringmaschinen.

Kinder-Wagen, Uhren, Waffen, Musik-Instrumente, Stahl-, Leder- und Luxuswaren. — Wiederverkäufer gesucht.

Richard Ladewig PRENZLAU Postfach Nr. 151.